

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal erstl. Bestellgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Cöplienstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltige Pettzeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Dr. 8

Stuttgart, den 21. Februar 1903

19. Jahrgang

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

Nachstehende Mitgliedsbücher werden, weil den betreffenden Inhabern abhanden gekommen, für ungültig erklärt. Dieselben sind bei eventuellem Vorzeigen einzuziehen und an Unterzeichneten einzusenden.

Nr. 3604	ausgestellt für	Edwin Boldt.
= 6945	=	Oskar Forchert.
= 16658	=	Johann Scheuring.
= 23274	=	Ferdinand Böke.
= 25057	=	Hermann Kozschnit.
= 33360	=	Karl Laezer.
= 38063	=	Karl Hendrich.
= 38612	=	Martha Heinrich.
= 38841	=	Elise Schönmann.
= 40097	=	Fritz Schulz.
= 40910	=	Kurt Unger.
= 42375	=	Martha Münchhofe.
= 43138	=	Emma Mayer.
= 43383	=	Rosalie Bloch.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: A. Dietrich.

Internationales.

Nachmals der Buchbinderstreik in Göteborg. Das Verhalten des Herrn Melin, das wir bereits in der vorigen Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ charakterisierten, hat es notwendig gemacht, daß nochmals vor dem Landeshauptmann mit den Arbeitgebern verhandelt werden mußte. Hierbei wurde ein von unseren Kollegen ausgearbeiteter Nachtrag zu dem Übereinkommen in allen seinen Teilen anerkannt. Durch den Nachtrag wird eine scharfe Kontrolle zur Verhinderung von Tarifdurchbrechungen eingeführt und bestimmt, daß keine Überzeitarbeit vorzukommen darf, solange noch irgend einer von den Streitenden nicht wieder eingestellt worden ist. Diejenigen, die während des Streiks gearbeitet haben, dürfen in keiner Weise bevorzugt werden. Den Akkordarbeitern sind die Durchschnittslöhne garantiert, die sie vordem erzielt haben, unabhängig davon, welche Arbeit ihnen zuerteilt wird.

Nun darf man wohl erwarten, daß der Friede in Göteborg dauern wird und daß auch Melin in Zukunft den Vertrag nicht mehr verlegt. Übrigens beweisen auch die Bestimmungen dieses Nachtrags, daß unsere Kollegen keineswegs bei dem Streik die Unterlegenen waren. Die Arbeitgeber haben jedenfalls trotz der Opfer, die sie in den zwölf Wochen des Streiks gebracht haben, um die Gehilfen niederzuzwingen, nicht den geringsten Vorteil erzielt. Die Buchbindermeister Schwedens werden wohl eine Lehre aus dem Streik ziehen und dem Verband, wenn er mit Forderungen kommt, nicht so schroff entgegen treten wie die Göteborger Meister.

Herr Melin auf der Suche nach Streikbrechern in Deutschland. Während des Streiks wurde das Gerücht verbreitet, daß Herr Melin in Deutschland Streikbrecher nach Schweden sucht. Wir sind in der Lage, durch ein Schriftstück, das uns ein Kollege über sandte, dieses Gerücht als Wahrheit dokumentieren zu können. Im „München-Glabbacher Merkür“ erschien ein Inserat, in dem Lederarbeiter, Presser und Fertigmacher in dauernde

Stellung, bei freier Reise ins Ausland gesucht wurden. Darauf erhielt ein Bewerber eine Antwort von Herrn Melin. Der betreffende Brief des Herrn Melin ist vom 21. Januar datiert und aus einem Berliner Hotel abgesandt. Dem Bewerber wird darin zunächst Mitteilung gemacht, daß die gesuchte Stellung in Göteborg ist, wo die Buchbinder seit elf Wochen streiken, er (Herr Melin) sei aber davon wenig berührt, da bei ihm augenblicklich etwa 110 Personen arbeiten. (? D. R.) Trotzdem mußte ihm an der Erlangung von Arbeitskräften viel gelegen sein, denn er vermehrte im Schreiben extra, daß ein Einstellen baldigst erfolgen müsse. Reisetkosten sollten vergütet werden und dem Kollegen wurden 25 bis 30 Mk. Verdienst pro Woche in Aussicht gestellt. Als der Kollege erfuhr, daß er sich zum Streikbrecher verbdingen sollte, telegraphierte er Herrn Melin schleunigst eine absagende Antwort.

Wenn Herr Melin bei seinen weiteren Bemühungen, Streikbrecher zu werben, ebenfalls so wenig Erfolg gehabt hat — was sehr wahrscheinlich ist — so dürfte sich seine Reise nach Berlin kaum verlohnt haben. Unsere Kollegen aber mögen auch in allen ähnlichen zukünftigen Fällen sich hüten, dergleichen Liebeswerben ausländischer Fabrikanten oder deren Agenten zu erhören; wer jetzt von den deutschen Kollegen in Göteborg wäre, stände nach Beendigung des Streiks nicht allein mittellos da, sondern müßte auch noch mit Schimpf und Schande das Land verlassen, selbst Herr Melin würde seine schützende Hand gewiß nicht über ihn halten.

Österreich. In der Aussperrung der Wiener Ledergalanteriearbeiter hat sich die Situation wenig verändert. Einige Firmen versuchen, mit ihren Arbeitern in Verhandlungen zu treten, verlangen aber als Bedingung der Arbeitsaufnahme die Unterschrift der neuen Arbeitsordnung, andere wollen nur einen Teil ihres Personals einstellen und eine Auslese unter den Streitenden halten, sie finden aber mit ihren Bemühungen wenig Gegenliebe bei den Ausständigen. Wenige Arbeitswillige bemühen sich im Schweiße ihres Angesichts, einige in schwerer Bedrängnis sich befindende Prinzipale über Wasser zu halten. Im allgemeinen scheint die Einigkeit der Wiener Kollegen eine musterhafte zu sein.

Jahresbericht des Gaues X.

Der diesjährige Bericht ist schnell gegeben, da die Verwaltungstätigkeit des Vorstandes zum größten Teile schon im Gautagsbericht behandelt wurde. Es sei nur kurz der gegenwärtige Bestand der Einzelmitglieder mit 22 angegeben und in bezug auf die Korrespondenz noch nachgetragen, daß seit dem 23. November bis zum Jahresluß noch 47 Postsendungen eingegangen und 14 abgegangen sind, so daß sich die gesamte Korrespondenz auf 235 Eingänge und 206 Ausgänge bezieht.

Neuaufnahmen fanden im Laufe des Jahres 49 statt, davon 8 für weibliche Mitglieder; auf den Agitationsbezirk Wien entfallen davon 9 männliche Mitglieder. Aus dem Gau abgereist respettive in die Zahlstellen übergetreten sind 49 Mitglieder. Wegen Resten gestrichen wurden 3 männliche und 8 weibliche Mitglieder. Es erübrigt sich wohl, die Verwaltungstätigkeit noch näher zu spezifizieren. Was nun die agitatorische und organisatorische Tätigkeit anbetrifft, so ist das verfloßene Jahr als

ein sehr arbeitsreiches zu bezeichnen. Ob aber das Resultat mit der aufgewendeten Arbeit im Einklang steht, mag dahingestellt bleiben. In Lützen-scheid und M.-Glabbach entstanden neue Zahlstellen, die hoffentlich würdige und lebenskräftige Glieder unseres Verbandes sein werden. Gerade die letztgenannte Zahlstelle hat außerordentliche Arbeit und Aufwendungen erfordert. Galt es doch nicht nur, die Indifferenz der Kollegen zu überwinden und Kreise, die bisher der Organisation fremd gegenüberstanden, für uns zu gewinnen, sondern auch insofern standen uns Hindernisse im dem Wege, als ein Prinzipal uns feindlich gegenübertrat und Maßregelungen und Aussperrungen vornahm. Die Zahlstelle hat jetzt wohl die Kinderkrankheiten überwunden und wird sich nun in friedlicher Weiterentwicklung kräftigen für spätere Kämpfe.

Im allgemeinen sind aber im Gau wenig Fortschritte zu verzeichnen, sowohl in den Zahlstellen noch in den Orten, wo Einzelmitglieder stehen. Eine rühmliche Ausnahme macht wohl einzig Solingen mit seiner eigenartigen Industrie und seinen alten Arbeitervereinigungen. Hier hat auch der Organisationsgedanke in den Reihen unserer Kollegen besser Wurzel gefaßt, wie sonst im Rheinland. Unsere Zahlstelle umfaßt dort beinahe 50 Prozent der dort Beschäftigten, ein Resultat, das wohl im Gau einzig dasteht. Es wird nun die nächste und hoffentlich erfolgreiche Tätigkeit auf Gewinnung der zahlreichen Kolleginnen zu richten sein.

Betrachten wir demgegenüber die Verhältnisse in den beiden Wuppertälern Barmen-Eberfeld mit ihrer großen Buch-, namentlich Kartonnagenindustrie, die nur zu 2 $\frac{1}{2}$ bis 5 Prozent organisiert sind, so muß das als ein sehr trauriges Verhältnis bezeichnet werden. Wenn man nicht selbstverständlich von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Organisation überzeugt wäre, könnte man angesichts der Indifferenz der Wuppertaler Kollegen den Mut verlieren.

Einen besonders unfruchtbaren Boden für die Agitation bildet die Kartonnagenbranche. Trotzdem hier die Technik die gewaltigsten Umwälzungen hervorruft und immer mehr gelernte Arbeitskräfte überflüssig macht, sehen wir, daß alle diese eindringlichen Lehren der industriellen Entwicklung unbeachtet an diesen Kollegen vorübergehen. Lange Arbeitszeit, schlechte Löhne, unregelmäßige Verhältnisse bezüglich Überarbeit u. sind die Folge. Durch Pflusarbeit zu Hause, Sonntagsbeschäftigung als Kellner und andere Nebenbeschäftigungen muß der fägliche Verdienst oft ergänzt werden.

Eine andere der Agitation unzugängliche Branche bilden die zahlreichen Mustertartenarbeiter. Fast alle größeren Fabriken, Farbenfabriken, Webereien, Band-, Ligen-, Korbel- und Spizengabriken haben eigene Buchbindereien. An die hier beschäftigten Arbeiter ist mit dem Organisationsgedanken schwer heranzukommen. Einmal leben die Leute in dem verhängnisvollen Wahne, eine Lebensstellung zu besitzen und es insofern nicht „nötig“ zu haben, außerdem lernt man die Leute gar nicht kennen. Die wirtschaftliche Lage dieser Arbeiter hebt und senkt sich mit den Arbeitsverhältnissen der Textilarbeiter. Es ist begreiflich, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse etwas günstiger geworden sind durch den Einfluß des Textilarbeiterverbandes. In unseren Kreisen ist daher schon mehrfach der Gedanke ausgesprochen, die Mustertartenarbeiter dem Textilarbeiterverband zu überweisen. Der Gedanke

hat ja wohl etwas für sich, da die Arbeiter einer Fabrik mit den im gleichen Betrieb beschäftigten Musterkartenarbeitern bessere Verbindung und zudem die gleichen Interessen haben. Es ließe sich wenigstens der Versuch machen. Aber die Kollegen gehören in unseren Verband, nicht zu den Textilarbeitern, und zwar schon um deswillen, weil sie ja aus unseren Reihen sich erziehen und bei dem Verlust ihrer „Lebensstellung“ häufig genug in andere Arbeitsplätze kommen, die dem graphischen Gewerbe angehören, als da sind: Buchbinderei, Buch- und Steindruckerei u. s. w. Dann hätte ihr Verweilen im Textilarbeiterverband ja gar keine logische Berechtigung mehr. Diese Angelegenheit einmal in den Gewerkschaftskommissionen zur Sprache zu bringen, wäre jedenfalls eine nützliche Aufgabe unserer Delegierten.

Wenden wir uns den Buchdruckereien zu, so finden wir auch hier eine große Zahl von Kollegen beschäftigt, die dem Verband fernstehen. Die Arbeitszeit ist im allgemeinen eine kürzere wie in Buchbindereien. Die tariflichen Abmachungen in den einzelnen Betrieben, die Errungenschaften des Buchdruckerverbandes, kommen vielfach auch unseren Kollegen zu gute. Es kommt wohl auch vor, daß die Kollegen in solchen Betrieben schlechter in jeder Beziehung dastehen, als ihre organisierten Mitarbeiter in anderen Betrieben. Doch auch das umgekehrte Verhältnis findet sich vor.

Von den Umwälzungen der Produktion und den dadurch veränderten Verhältnissen hier ein klassisches Beispiel. Da ist in Elberfeld die weltbekannte Firma Samuel Lucas. Millionen von Abreißkalendern, Hunderttausende von Notizbüchern und Notizkalendern werden von ihr alljährlich auf den Markt gebracht. In diesem großen, mit allen möglichen Hilfsmitteln der Technik ausgerüsteten Betrieb sind es im Gegensatz zu den Buchdruckern unsere Kollegen, die organisiert sind und sich bessere Lohnbedingungen erkämpft haben. Aber wenn die Löhne auch im Verhältnis zu den achtziger und neunziger Jahren wesentlich gesteigert sind, so hat es der Prinzipal auf der anderen Seite meisterhaft verstanden, durch rücksichtslose und energische Anspannung seiner Arbeiter den Produktionsprozeß immer ergiebiger für sich zu gestalten. Die Auflage der Abreißkalender ist in wenigen Jahren von 3 Millionen auf 7½ Millionen im Jahre 1902 gestiegen. Dabei hat sich merkwürdigerweise das Personal der Buchbinderei fortwährend verringert. Während vor einigen Jahren noch 25 Gehilfen und 90 Mädchen beschäftigt waren, sind es jetzt nur noch 12 Gehilfen und ca. 50 Mädchen. Trotz der großen in Aussicht stehenden Bestellungen sieht es Herr Lucas gar nicht ungern, wenn jemand kündigt, er denkt dann gleich an gesparrte Arbeitslöhne. Die Arbeit muß deswegen doch fertig sein, der Mangel an Arbeitern muß durch größere Anspannung der Arbeitskräfte seinen Ausgleich finden. Am schlimmsten sind die Arbeiterinnen gestellt. Ihre Alfordlöhne werden oft in der willkürlichsten Weise und manchmal ohne vorherige Ankündigung herabgesetzt. Während die Gehilfen zum größten Teile im Verband und dadurch in der Lage sind, das Ärgste abzuwehren, haben es die Kolleginnen noch nicht für nötig gehalten, sich uns anzuschließen, trotz aller diesbezüglichen Verprechungen. Gerade sie hätten es besonders notwendig, sie wären in der Lage, etwas durchzusetzen. Sind doch Arbeiterinnen vorhanden, die schon 10, 15, 20 Jahre dort tätig sind, ihre Leistungen erweisen häufig die Leistung von Gehilfen und dabei werden sie mit 12 Mk. Wochenlohn abgespeist. Solange die älteren Kolleginnen sich damit zufrieden geben, können auch die jüngeren nicht auf bessere Bezahlung hoffen und müssen sich mit sehr traurigen Löhnen bescheiden. Dabei ist die Furcht vor dem Prinzipal, welche die Mädchen abhält, sich uns anzuschließen, ganz hinfällig und unnötig. Soweit wir Herrn Lucas kennen, ist er zwar rücksichtslos auf seinen Vorteil bedacht, er denkt vielleicht: Wenn sich die Leute die Ausbeutung gefallen lassen, so ist das ihre Sache und ich müßte ein Narr sein, wenn ich diesen Umstand nicht gründlich ausnützte; aber auf der anderen Seite nimmt er es den Arbeitern auch gar nicht übel, wenn sie durch Ausnützung ihrer Macht, die ihnen die Organisation gibt, sich nötigenfalls bessere Arbeitsbedingungen erringen. Hoffentlich kommen die Arbeiterinnen bald zu dieser Erkenntnis. Wenn ein-

mal hier das Eis gebrochen ist, werden die anderen Buchdruckereien bald nachfolgen.

Der Betrieb, wo ohne Zweifel die größte Kollegenzahl vereinigt arbeitet, ist die Farbenfabrik vormals Fr. Bayer. Die dort beschäftigten Kollegen waren vor Jahren zum großen Teile im Verband. Aber jetzt sind sie so von dem Werte ihrer „Lebensstellung“ erfüllt, daß sie nichts mehr von uns wissen wollen. Sie haben es sogar durchgesetzt, daß die Zentralkrankenkasse ihr Lokal wieder aus dem Volkshaus verlegen mußte. Sie wollen eben gar nicht mit organisierten Arbeitern zusammenkommen. — So ließe sich noch manches von allgemeinem Interesse anföhren.

Wenn wir bei den Verhältnissen des Wuppertals etwas länger verweilen, so geschah es deshalb, weil Elberfeld der Sitz des Gauvorstandes ist und uns daher die hiesigen Verhältnisse am besten bekannt sind. Manches wird übrigens auch für andere Orte unseres Gaues zutreffen. Die Zahlstellen sollen durch unsere Ausführungen veranlaßt werden, etwas mehr Wert auf die Berichterstattung zu legen. Mit der Einfindung von bloßen Angaben über Mitglieder- und Kassenbestand ist dem Gauvorstand nicht gedient. Aber selbst diese Berichte bleiben aus. Bisher haben nur Lüdenscheid, Duisburg-Ruhrort und Solingen ihre diesbezügliche Pflicht erfüllt. Hinzu kommt noch Barmen, welches einen sehr eingehenden Bericht sandte.

Daß im Gau noch vieles zu tun ist, daß noch manches Feld brach liegt, ist in unserem Organ schon des öfteren betont worden. Münster, Pferdlohn, Altena, Hamm, Bochum, Oberhausen, Remscheid, Revelar, Mühleim am Rhein und an der Ruhr, Bonn und Düren. — ein ganzes Register von zum Teil bedeutenden Industriestädten — haben noch keine Zahlstellen, ja weisen zum Teil noch nicht einmal Einzelmitglieder auf. Welch ein Feld für intensive Arbeit! „Stunden uns nur mehr Mittel zur Verfügung, wäre der Zentralvorstand nur nicht so sparsam mit Geld für die Agitation“, hört man vielfach rufen, „so wäre mehr zu erreichen.“ Das war auch das Leitmotiv so vieler Ausführungen auf dem Gantag und führte zur Annahme des betreffenden Antrags, den Zentralvorstand um Bewilligung von 500 Mk. zu ersuchen. Daß dieser Antrag abgelehnt würde, war von vornherein klar. Der Zentralvorstand steht auf dem Standpunkt: „Für Agitation werden Gelder nach Bedarf jederzeit bewilligt, ohne daß bestimmte Summen am Gauvorort liegen. Wenn an 17 Gauvororten je 500 Mk. liegen sollten, so wäre das unpraktisch gewirksam.“ Mit dieser Begründung ist der Antrag abgelehnt. Ich stehe auf dem Standpunkt, den ich auch auf dem Gantag vertreten habe, daß es wohl weniger an Geldmangel liegt, als vielmehr am Mangel von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Kollegen (natürlich im agitatorischen Sinne gemeint). Es ist ja eigentlich kein Fall vorgebracht, wo sich der Zentralvorstand geweigert hätte, Geld für die Agitation herzugeben, wenn ein diesbezüglicher Plan vorlag. Wohl aber ist sehr der Mangel an für die Agitation begabten und arbeitslustigen Kollegen beklagt worden. Die Arbeiten würden immer einzelnen aufgehäuft, während die übrigen sich von aller Verbandsarbeit zu drücken suchen. Hier liegt meines Erachtens der Hauptbelstand. Das ist die Ursache, daß manche Orte sehr zurückgehen, wenn mal eine tätige Kraft abreißt oder vom Amte zurücktritt. Andere Orte blühen auf, wenn eine tüchtige Kraft zureist und die Arbeitslast auf sich nimmt. Besser wäre es, wenn diese Arbeit auf mehrere Schultern verteilt würde, geteilte Last ist halbe Last. Gaben wir doch auf dem Gantag gehört, daß Vertreter einzelner Orte (Dortmund, Duisburg, Ruhrort) die Vernachlässigung der Korrespondenz damit entschuldigten, daß sie eben alles tun müßten. Wenn es aber vorwärts gehen soll, muß jeder Kollege mit ins Rad fassen; dann wird auch der Zentralvorstand nicht mit Geldmitteln geizen, und man braucht auch nicht gleich an Anstellung eines besoldeten Beamten zu denken. Dem würde man womöglich alles aufbürden und selbst gar nichts mehr tun wollen.

Der Gantag hat auch beschlossen, eine allgemeine Agitationstour zu veranstalten und zwar soll eine Referentin gewonnen werden; hierbei kann die „Probe aufs Exempel“ gemacht werden. Der

Zentralvorstand gibt seine Einwilligung, „wenn eine für eine Agitation günstige Zeit angegeben wird und die in Aussicht genommene Referentin zur Verfügung steht. Die Vorbereitungen müßten aber auch so rechtzeitig und eingehend an den für die Agitation vorgesehenen Orten getroffen werden, daß solche Agitation auch Aussicht auf Erfolg hat.“

Darum liegt es jetzt an uns, die vorgesehenen Vorbereitungen herbeizuföhren. Die Agitationskomitees in Köln, Elberfeld und Dortmund haben in erster Linie hier eingzugreifen und ihren Bezirk zu bearbeiten. Ob in Dortmund aber ein dergartiges Komitee besteht, ist mir allerdings unbekannt. Die Zahlstellen Elberfeld-Barmen treten in den nächsten Tagen in die vorbereitende Arbeit ein. Ebenso wartet Solingen schon auf näheren Befehl, wann und wie die Tour gemacht wird. Da ist es nun an der Zeit, daß auch die übrigen Zahlstellen sich über den vorliegenden Plan schlüssig werden und uns mitteilen, ob sie die Referentin wünschen und wann die geplante Tour am besten stattfindet. Auch wäre es gut, wenn an Orten, wo noch keine Zahlstellen sind, sich Kollegen fänden, die bei einiger Aussicht auf Erfolg die notwendigen Vorarbeiten in die Hand nehmen. Andernfalls müßten die nächstliegenden Zahlstellen eingreifen. Darum frisch auch Wert!

Es sei auch noch auf einen Umstand hingewiesen, der für die Tätigkeit des Gauvorstandes von einiger Bedeutung ist. Das Statut schreibt vor, daß Einzelmitglieder an den Gauvorort Steuern sollen. Die 20 Prozent der Beiträge sind die ersten Mittel, welche dem Gauvorstand zur Verfügung stehen. Da ist es nun sehr zu bedauern, daß es noch immer Zahlstellen gibt, welche dieser Bestimmung des Statutes nicht nachkommen. Wir könnten noch sehr gut etwas mehr Einnahmen vertragen.

Zum Schlusse sei noch auf eines aufmerksam gemacht. Dieses Jahr wird ein Jahr des Kampfes sein. Der Tarif läuft ab, für eine Neugestaltung desselben, für Verbesserung unserer Position muß vielleicht schwer gerungen werden. Sollen wir im Gau wieder untätig zusehen, wie andere Orte Verbesserungen erringen, während bei uns alles beim alten bleibt? Die Klust zwischen den Arbeitsbedingungen der großen Verbandsorte und denen unseres Gaues wird immer größer. Oft hört man die Klage, der Verband nütze nur den Berlinern, Leipzigern und Stuttgartern, während für uns nichts abfällt. Der Verband kann uns natürlich keine besseren Arbeitsbedingungen auf dem Präzidenterteller entgegenbringen. Die wollen erkämpft sein, wie sie überall in schweren Kämpfen errungen werden müßten. Aber der Verband kann bei diesen Kämpfen hinter uns stehen mit seinen großen finanziellen und moralischen Mitteln. Was uns im Gau vielleicht vor allen Dingen not tut, sind Erfolge. Diese zu erringen muß die Aufgabe aller Mitglieder sein. Erfolg ist die Grundbedingung weiterer Erfolge!

Elberfeld.

B. Groenhoff.

Jahresbericht des Gaues XIII.

Über das verfloffene zweite Geschäftsjahr unseres Gaues gestalten wir uns hiermit zu berichten.

Im allgemeinen hat sich die geschäftliche Lage im verfloffenen Jahre eher etwas verschlechtert dem Vorjahr gegenüber, was aus der kürzeren Arbeitsdauer der einzelnen Arbeitsverhältnisse zu ersehen war. Wohl erfolgten in manchen Geschäften mehr Einstellungen von Personal, aber die Arbeitswochen desselben erreichten nicht die Höhe der im Vorjahr in denselben Geschäften erreichten Arbeitsdauer. Daß dieses Verhältnis auch auf den Lohn seine Einwirkung hatte, ist begründlich, und war zu beobachten, daß sich gegen dem Vorjahr, hauptsächlich in den Stellungen von geringerer Dauer, ein schwacher Rückgang des Lohnes bemerkbar gemacht hat. Ebenso zeigte sich dieser Mißstand manchmal in bezug auf die Arbeitszeit.

Unsere Agitation wurde mit Eifer und können wir sagen auch mit Erfolg betrieben. Nicht zum geringsten Teile sind diese Erfolge der regen Mithilfe der meisten unserer Vertrauensleute, denen wir auch hier an dieser Stelle unseren Dank abstatten wollen, zuzuschreiben. An mehreren Orten,

an welchen bis jetzt Verbandskollegen nicht beschäftigt waren, wurden Mitglieder für den Verband gewonnen, und an solchen, an denen bereits Verbandsmitglieder tätig waren, wurde die Zahl derselben durch Neuzugang erhöht. Von zwei größeren Plätzen, und zwar Kaiserslautern und Worms, ist leider von einem Rückgang zu berichten, welcher hoffentlich in diesem Geschäftsjahr wieder ausgeglichen wird.

Wir gestatten uns, durch nachstehende Aufstellung einen Überblick über die Mitgliederbewegung im Gau XIII zu geben, woraus der Mitgliederbestand am Anfang und Schlusse des Jahres zu ersehen ist.

Ort	Bestand am 1. Jan. 1903	Aufnahmen	Weggerett	Weggerett	Weg- geschloffen	Bestand am 31. Dec. 1902
Heidelberg	18	8	11	21	1	10
Worms	9	4	4	10	4	8
Kaiserslautern	7	3	4	7	2	5
Birmasens	1	16*	3	1	—	19
Koblentz	1	8	8	7	—	10
Erier	—	15	—	1	8	6
Sulzbach a. Saar	—	2	2	3	—	1
Saarbrücken	1	2	1	2	—	2
Neunkirchen	1	—	1	2	—	—
Jdar	1	—	1	1	—	1
Lauterecken	—	1	2	2	1	—
Kirchheimbolanden	1	1	2	2	—	2
Speyer	1	1	—	—	—	2
Schwehingen	2	—	1	2	—	1
Frankenthal	—	—	2	2	—	—
Odenkoben	—	—	2	1	—	1
Mühlheim	—	1	—	1	—	—
Traben a. Mosel	—	—	1	—	—	1
Neustadt a. S.	—	—	1	—	—	1
Kirchheim b. Heidelberg	1	—	—	—	—	1
Philippsburg	—	—	1	—	—	1
	39	62	47	65	16	67

Im Laufe des Jahres waren noch folgende Orte von je einem Verbandskollegen auf kürzere Dauer besetzt: Ladenburg, Tauberbischofsheim, Wiesloch, Bruchsal, Oggersheim, Saarlouis, Sobornheim und Glanmünchweiler, so daß die Zahl der Zugereisten sich auf 55 und die der Abgereisten auf 73 erhöht. Diese Zahlen beweisen, welch großer Wechsel in diesem Jahre stattgefunden hat.

Um unseren Mitgliedern einen vollständigen Bericht zu geben, wollen wir über Einnahmen und Ausgaben folgendes mitteilen:

Einnahmen der Verbandskasse: 62 Aufnahmen 32,40 Mk., 2496 Beiträge (inklusive 56 weiblichen) 862,40 Mk., zusammen 894,80 Mk. Ausgaben der Verbandskasse: Für außerordentliche Agitation 63,20 Mk., 20 Prozent der Beiträge an die Lokalkasse 172,48 Mk., an die Verbandskasse eingekauft 523,98 Mk., Umzugskosten eines Kollegen 30 Mk., ein Schrant und Kopierpresse 32,20 Mk., Guthaben der Verbandskasse 72,94 Mk., zusammen 894,80 Mk.

Die Einnahmen der Lokalkasse betragen: Kassenbestand am 1. Januar 1902 41,39 Mk., 20 Prozent der Beiträge 172,48 Mk., zusammen 213,87 Mk. Ausgegeben wurden: Porto für 904 Zeitungsendungen 48,88 Mk., Briefporto 30,23 Mk., Porto der Vertrauensleute 26,25 Mk., außerordentliche Agitation 30,55 Mk., Kassenbestand 77,96 Mk., zusammen 213,87 Mk.

Am 9. März hielt der Vorsitzende des Gauvorstandes in Kaiserslautern eine Versammlung ab, um den ins Stocken geratenen kollegialen Verkehr daselbst wieder zu heben. Am 11. Oktober referierte derselbe in Koblentz und am 12. Oktober nachmittags in Erier. Der Besuch der letzteren Versammlung ließ sehr zu wünschen übrig, trotzdem der Vertrauensmann Lehmler sich die größte Mühe gab und die Kollegen zweimal schriftlich eingeladen waren. An demselben Tage, abends, fand eine Besprechung mit den in Saarbrücken anwesenden Verbandskollegen statt. Da diese Orte noch nie besucht waren, so wurde diese Reise mehr zur Aufklärung der noch jungen Verbandskollegen ausgeführt.

Anlässlich einer Reise des Verbandsvorsitzenden nach Frankfurt wurde derselbe ersucht, auch in Mannheim zu referieren, und berief der Gauvorstand auf Sonntag den 9. November, vormittags 1/2 11 Uhr, eine öffentliche Buchbinderversammlung

ein, zu welcher auch Kollegen von Ludwigshafen, Heidelberg, Worms, Speyer, Frankenthal, Kirchheim und Freinsheim eingeladen und erschienen waren, so daß der Besuch ein guter zu nennen war. Bei dieser Gelegenheit wurde die Einverleibung der Zahlstelle Ludwigshafen in die Zahlstelle Mannheim perfekt, und zwar auf Antrag der Ludwigshafener Kollegen selbst. Als Zeitpunkt der Vereinigung beider Zahlstellen zu einer wurde der 1. Januar festgesetzt. Der Gau XIII hat also darnach bis auf weiteres nur eine Zahlstelle. Die Gründung weiterer Zahlstellen hängt davon ab, daß an den betreffenden Orten mindestens zehn Verbandsmitglieder sich in sogenannten dauernden Stellen befinden müssen, da auch wir die Erfahrung schon gemacht haben, daß solche Orte, an denen Zahlstellen sich befanden und wieder eingingen, manchmal auf längere Zeit hinaus für uns verloren sind.

Darum, Kollegen im Gau, arbeitet mit uns rüstig vorwärts, um nach einiger Zeit mehreren Wünschen dieser Richtung hin gerecht werden zu können. Auch dieses Jahr haben wir mit einem befriedigenden Fazit geschlossen, ohne einen Goutag abhalten zu können, da der Kassenstand der Lokalkasse des Gaues noch viel zu gering ist, um die Kosten für einen Goutag decken zu können; eine kleine Extrastener zu diesem Zwecke zu erheben, hielt der Gauvorstand nicht für zweckmäßig, um die Kollegen in der Zeit der Krise nicht noch mehr zu belasten. Hoffen wir, daß wir in diesem Jahre soweit kommen. Agitiert, tue jeder seine Pflicht zum weiteren Ausbau unserer Organisation!

Mannheim. F. W. Schmidt.

Vom Gau XVI.

Der Gau hielt am 1. Februar seine halbjährliche kombinierte Versammlung in FÜRTH ab.

Gauvorsitzender Neckling eröffnete dieselbe um 1/4 Uhr und begrüßte die zahlreich Anwesenden. Nach Wahl des Bureaus berichtete Neckling über die Arbeiten des verflossenen Halbjahrs. Er bedauerte, daß dieselben nicht seinem Wunsche gemäß geblieben sind, da während seiner Rekonvaleszenz unter den Besthern Meinungsverschiedenheiten Platz gegriffen haben. Die Arbeiten verteilten sich unter anderem auf die Abhaltung eines Goutags in Würzburg, Vorbereitungen zu Versammlungen, Entfaltung einer Agitation unter den Arbeiterinnen und anderes mehr. Gemäß einer Anregung des Goutags, in Unterfranken zu agitieren, unterzog sich der Gauvorstand dieser Arbeit, es war eine der undankbarsten Aufgaben. Neckner schilderte die Verhältnisse verschiedener Orte wie: Ansbach, Schweinfurt, Rittingen, Schwabach, Forchheim, Aichaffenburg, Neumarkt, Roth a. Sand, Pappenheim, Wunsfel, Heidingsfeld, Hof und Waireuth. Verbindung mit diesen Orten erhielt er durch die dortigen Kartellvorsitzenden und die Vertrauensleute anderer Gewerkschaften. Hier und da ließen sich einige Kollegen aufnehmen, doch war ihre Mitgliedschaft meist von kurzer Dauer, da die Betreffenden bedauerlicher Weise noch kein Verständnis für die Bestrebungen der Gewerkschaften hatten, infolgedessen faumelig mit dem Bezahlen ihrer Beiträge wurden und dann gestrichen werden mußten. Ein Hauptgrund für ihren Austritt aus der Organisation ist darin zu suchen, daß sie nur für kurze Dauer Arbeit hatten und nach ihrer Abreise die Goutaltung mit denselben jede Verbindung verlor. In Bamberg gingen uns sämtliche acht Kollegen als Gaumitglieder wieder verloren, nicht zuletzt durch die Schuld des Vertrauensmannes. Am Schlusse seiner Ausführungen wünscht Neckner mehr Freiheit und Eigenmächtigkeit in seinem Amte.

Laier fragt an, warum der Gau mit Einsetzung seiner Quartalsabrechnungen einer der letzten ist, worauf der Gauvorsitzende erklärt, daß es an der Schwierigkeit liege, die Reste einzutreiben, auch stände unser Gau nicht allein mit der Abrechnung aus. Josef-Nürnberg empfiehlt, der Goutaltung eine Anerkennung für ihre Tätigkeit auszusprechen. Fehse-Erlangen wünscht durch die Zahlstelle Würzburg eine Agitation in Aichaffenburg betrieben, doch erklärt Josef, daß Frankfurt a. M. dafür günstiger liege. Dürr-Fürth stellt den Antrag, den Bericht der Zahlstellen fallen zu lassen, und über den nächsten Punkt: Staffelbeitrag, zu diskutieren.

Der Referent zu diesem Punkte, Kollege Josef, spricht sich gegen die Einführung eines solchen aus, da es für den Verband nicht von Vorteil wäre. Er bespricht die Verhältnisse im Porzellanarbeiterverband, wie auch die im Töpferverband, Verbände, die diese Einrichtung haben. In ablehnendem Sinne spricht auch der zweite Redner Erb-Erlangen.

Über den dritten Punkt der Tagesordnung: Krankenunterstützung im Verband, referiert Dürr. Derselbe schildert die Einrichtungen der Trades-Unions, ferner die Unterstützungsarten verschiedener deutscher Gewerkschaften, und sodann auf das Entstehen der Zentralkrankenkasse und die Schwierigkeiten, die mit einer Verschmelzung verbunden wären, zu sprechen zu kommen. Neckner verliest sodann eine geübene selbstausgearbeitete Tabelle, die zum Vortrag bringt, wie er sich die Krankenunterstützung und die Gewährung von Sterbegeld denkt, natürlich bei einer Erhöhung der Beiträge. — Josef empfiehlt, obiges Referat mit einigen Kürzungen im Verbandsblatt zu bringen, damit auch andere Zahlstellen darüber diskutieren können. Einige Redner bezweifelten die Durchführbarkeit der Dürrschen Vorschläge, versagen jedoch dem gut ausgearbeiteten Referat ihre Anerkennung nicht.

Wegen vorgerückter Zeit wird der Punkt der Tagesordnung, der sich mit der bevorstehenden Tarifbewegung befaßt, von der Tagesordnung abgesetzt und für die nächste kombinierte Versammlung vorgesehen, wozu der Gauvorsitzende das Referat übernimmt.

Sodann wünscht Josef beim Verbandsvorstand anzufragen, warum in der Zeitung nichts über den Wiener Posteswillerstreit veröffentlicht wurde. Nachdem noch einige untergeordnete Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung um 1/8 Uhr.

Bedürfen die Gewerkschaften eigener Vertreter in den Parlamenten?*

Die vorstehende Frage wird in Nummer 4 unserer Zeitung gestellt und in einer Art beantwortet, die man versucht wäre originell zu nennen, wenn diese Originalität nicht eine so überaus absonderliche wäre. Der Verfasser will bemerkt haben, daß über die von Herrn Rezhäuser propagandierete Idee der Delegation von Kur-Gewerkschaftsangeordneten in die Parlamente „die heftigsten Debatten privatim gepflogen werden, wo nur zwei organisierte Arbeiter zusammenstehen“. Ein Herumdrücken der Gewerkschaftspresse“ um die Affäre Rezhäuser im „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ ausgefochtene Geistesnacht zeige die Ansichten der Gewerkschaften zu der Rezhäuserischen Idee nicht und „das Schweigen siele gerabezu auf“!

Der Verfasser hätte es daher auch ohne den von Rezhäuser im „Correspondent“ erteilten freundlichen Rippenstoß für angebracht gehalten, die Rezhäuserische „Idee“ kurz zu behandeln. Und nun wird in sechs Spalten „kurz“ die Rezhäuserische Idee so behandelt, daß man daraus wohl ohne weiteres einen Reklamationenveruch Rezhäusers herausliest, eine wirklich objektive Abwägung aber völlig vermisst. Ich muß gestehen: ebensowenig von den bestigen privaten Debatten in Arbeiterkreisen etwas gespürt zu haben, noch die Stellung der Gewerkschaftspresse zu der platten Rezhäuserischen Idee unbegreiflich finden zu können; und nach meiner Meinung wäre sowohl objektiv als subjektiv den Lesern der „Buchbinder-Zeitung“ am wohlsten gewesen, wenn die famose Rezhäuserische Idee samt dem wohlwollenden Kommentar der „Buchbinder-Zeitung“ an ihnen vorübergegangen wäre.

Da uns nun dieser Kelch einmal nicht erspart geblieben ist, wird es mir wohl gestattet sein, darauf einzugehen. Wenn man eine so schwerwiegende Frage wie die obige stellt, muß man doch vor allene Dingen die weitere Frage aufwerfen: Sind die Interessen der Gewerkschaften oder die Interessen der Arbeiter überhaupt bisher gar nicht oder schlecht vertreten worden in den Reichs-, Landes- und Stadtparlamenten, und wäre diesen Interessen besser durch eine rein gewerkschaftliche Vertretung entsprochen

* Wegen Raummangel wiederholt zurückgestellt. Die in meinem Artikel gestrichelten Stellen verbieten mir jede Erwiderung auf die Caprice meines Prinzipienwächters. G. Sch.

* Darunter 12 weibliche.

worden? Kommt man zu einer Bejahung dieser Frage, dann wäre es allerdings die höchste Zeit, seitens der Gewerkschaftspresse dies Thema eingehend zu erörtern. Nun mag aber der Verfasser in Nummer 4 gar nicht, diese Frage mit Ja zu beantworten, sondern er sagt ausdrücklich: „Belont mag noch einmal extra werden, daß wir entschieden gegen das Rehhäuser'sche Projekt sind.“ Wie er diesen Satz niederschrieb, hatte er bereits vergessen, daß er ebenso „entschieden“ im Eingang seiner Ausführungen im Düsseldorf'schen Fall gegen den vernünftigen Standpunkt des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“ den Standpunkt des Herrn Rehhäuser verteidigte. Ein konsequentes Leitmotiv ist beim besten Willen in dem ganzen Artikel nicht zu entdecken, ein Entweder—Oder gibt es anscheinend für den Verfasser nicht, sondern nur ein Hinüberwiegen auf der Einerseits—Andererseitschale. Es ist somit auch schwer, den Standpunkt des Verfassers zu fassen, da er in bezug auf die gestellte Frage unfaßbar ist. Befassen wir uns daher mit der Frage auf eigene Faust. In Deutschland werden die Interessen aller Arbeiter politisch durch die Sozialdemokratie in so wirksamer Weise vertreten, daß keine andere Partei auch nur annähernd mit ihr als „Arbeiterpartei“ verglichen werden könnte. Das wissen auch die deutschen Arbeiter sehr wohl, daher der immer stärkere Zufluß neuer Arbeitermassen zu ihr trotz der Neubildung von Talmi-Arbeiterparteien à la Naumann und Genossen, trotz des Gebelers' ehemaliger „Genossen“ und jetziger Renegaten. Und auch die Gewerkschaften haben hierbei ihre Rechnung in vollem Maße gefunden, denn überall, wo die Sozialdemokratie festen Fuß faßt, sind die Gewerkschaften an Zahl der Mitglieder und innerer Festigkeit gewachsen, wie umgekehrt auf gewerkschaftlich beackerten Boden der „rote Grimm“ — wie Freiligrath so schön singt — mächtig in die Palme schloß. Dieses beiderseitige Wachstum, gefördert durch eine einträchtige Arbeitsteilung, beruht nicht auf kläglich ausgeförmten Plänen einzelner Heher, sondern ist durchaus wurzeln. Dieser Ansicht huldigte vor einigen Jahren auch noch Herr Rehhäuser, als er selbst noch Mitglied der sozialdemokratischen Partei war und sich sogar sehr eifrig um sozialdemokratische Redakteurstellen bewarb. Das Ziel beider Organisationen ist vor allem Förderung der Arbeiterinteressen und der Befreiung der gesamten Menschheit, und wenn beide in logischer Konsequenz dies Ziel verfolgen, so wird ihnen nichts übrig bleiben, als die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu erkämpfen. Siehe das Programm der sozialdemokratischen Partei, die Bestrebungen des neutralen Gewerkschaftlers Gué-Essen und sogar eine Reihe von Resolutionen der englischen Gewerkschaftskongresse auf Verstaatlichung der Kontributions- und Distributionsmittel. In der Partei sind die tätigen Schichten der Gewerkschaftler vertreten, ihre Führer bekleiden zahlreiche dort die höchsten Ehrenämter und ihr Einfluß könnte ein noch viel größerer sein, wenn es sich jeder Gewerkschaftler zur Pflicht machte, derjenigen Partei auch in ihren Organisationen anzugehören, der er bei Wahlen seine Stimme gibt. Die Organisation bildet nicht bloß das Rückgrat der Gewerkschafts-, sondern auch der Parteibewegung, und wie ich es bedauern muß, wenn ein Sozialdemokrat erklärt, die Beiträge für die Gewerkschaft nicht zahlen zu können, ebenso sehr muß ich es als ein mangelndes Pflichtgefühl bezeichnen, wenn tätige Gewerkschaftler in viel zahlreicheren Fällen der Parteiorganisation nicht beitreten aus purem Egoismus oder dergleichen Gründen, obgleich sie doch innerlich und bei Wahlen ihr angehören. In Leipzig zum Beispiel sind dem Gewerkschaftsverband ohne die Buchdrucker und einiger anderer weniger Berufe 26 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angegeschlossen, während es mit seinen gesamten Vororten kaum 5000 politisch organisierte aufweisen dürfte. Abgesehen vielleicht von Hamburg ist das Mißverhältnis in anderen Städten Deutschlands das gleiche oder noch viel krasser.

Wie man unter diesen Umständen nun immer wieder das Jammergehröl von den „platten Nurdpolitikern“ erheben kann, die „die Gewerkschaften als Rekrutenschulen ansehen und sie als etwas Nebenständliches betrachten sehen wollen“, ist uns unerfindlich. Gewiß mag es solche Käuze geben,

aber es ist ja ein Trost, daß es auch wieder Gegenpole oder Gegenläufe gibt, die sich bei jeder derartigen rhetorischen Überchwenglichkeit einzelner schon unten die Hosen zubinden, aus Angst die Selbständigkeit oder gar die Neutralität der Gewerkschaften könnte flöten gehen. Die Gewerkschaften „sollen“ nicht die Rekrutenschulen der Partei sein, aber sie waren, sie sind und werden es sein durch die Logik der Tatsachen, trotz alledem und alledem! Daran ändert alle forcierte Überneutralität nichts.

Nach allen diesen Umständen kann man getrost die Behauptung aufstellen: Die deutschen Gewerkschaften bedürfen keiner eigenen Vertreter in den Parlamenten, denn sie haben einen hervorragend bestimmenden Einfluß auf die Wahl der Abgeordneten der Partei, sie brauchen ihn nur auszuüben.

Man kann sich übrigens eines ironischen Lächelns nicht erwehren, wenn gerade solche Leute, die ihre Neutralität wie ein süßes Bräutchen tagtäglich spazieren führen, sich niemals die Frage vorlegen: Ist es denn nicht ein innewohnender Widerspruch, wenn eine unpolitische Gewerkschaft in die politische Arena hinabsteigt, um den alten politischen Parteien Konkurrenz zu machen? Um solche Kleinigkeiten kümmern sich große Geister nicht, sie denken augenscheinlich, die Sozialdemokratie würde neugierig, mit den Händen in den Hosentaschen, die Pfeife gemächlich im Mundwinkel baumelnd, zusehen, wenn der einfache, schlichte Arbeiter aus der Werkstatt, Herr Rehhäuser, seinen Speer einlegen würde, um „die Sozialdemokratie in Grund und Boden zu vernichten“, wie er vor etwa zwei Jahren bereits gedroht.

Solche „Gegensätze“ würden nicht ausgeglichen, sondern müßten und würden mit den schärfsten Waffen ausgekämpft werden!

Und dann die vielen Gründe, die sonst gegen eine Beteiligung als selbständige Gewerkschaftspartei sprechen: Die preussisch-deutsche Gesetzgebung in allererster Linie, die ungeheuren Kosten der Wahl, der Erhaltung der zahlreichen Abgeordneten, die selbstverständlich sofort aus Lohn und Brot herausfliegen würden, wenn sie ihren Pflichten nachgehen würden und daher ebenso wie mancher Parteigenosse „Bubiker“ — frei nach Rehhäuser — werden müßten, und ganz abgesehen davon, daß die Gewerkschaften — ich glaube sogar mit Einschluß des Buchdruckerverbandes — auseinander getrieben würden durch die inneren Gegensätze und außerdem ihren eigentlichen Aufgaben entfremdet würden.

Es hieße die Leser beleidigen, wenn diesen Wahrscheinlichkeiten noch andere angereiht würden. Was will demgegenüber jene kleinliche Nörgerei besagen: „In den Landtagen, den Stadtparlamenten sitzen teilweise Vertreter der Arbeiter, die Fragen, welche mit den Forderungen der Gewerkschaften in enger Beziehung stehen, nicht immer im Interesse der Gewerkschaften entscheiden können.“ Ja, liegt denn das an der Partei oder an der wirtschaftlichen Unfreiheit der Arbeiter? Ich glaube doch wohl an der letzteren Ursache, indem die Arbeiter nicht denjenigen, der am besten ihre Interessen vertreten könnte, aus der Werkstatt herausreißen können. Übrigens sind ja die reinen Gewerkschaftler vor demartigen Dummheiten nicht gefeit; haben wir es doch erlebt, daß der Vorsitzende eines großen Verbandes in der Gemeindevertretung für eine besondere Gratifikation der Polizei stimmte als Entgelt für Mehrarbeit, die sie gegen Streikende geleistet. Sapiienti sat!

Und wie sieht es im klassischen Lande des Nurdgewerkschaftertums, in England, mit der politischen Vertretung der Arbeiter aus? Sie, die „reinen Arbeiterabgeordneten“, stimmen teilweise gegen den Achtstundentag aus egoistischem Berufsinteresse, sie lassen sich ihre Rassen plündern (natürlich auf gesellschaftlichem Wege), ohne daß ein Sturm der Entrüstung diese Vordentscheide hinwegsetzt. Nach Webb sorgen überhaupt die reichen Gewerkschaften durch ihren Zutreibereinfluß bei den bürgerlichen Parteien auch in der Gesetzgebung für ihre Berufsinteressen, während die schwach organisierten Schweißarbeiter in ihren gesundheitswidrigen Höhlen ohne die Hilfe ihrer reichen „Brüder“ weiter vegetieren müssen.

Und wenn die deutschen Buchdrucker Bosadomsky-Telegramme absenden, oder von der Gesetzgebung alles Ernstes die gesetzliche Beschränkung der Lech-

lingszahl — wohlverstanden nur im Buchdrucker-gewerbe — verlangen, also ein gesetzliches Monopol für sich erstreben, das eine Schädigung der übrigen Gewerkschaften durch vermehrten Zufluß von Lehrlingen in sich begreifen würde, oder wie in Essen offiziell in ihrem Organ gegen Partei und Gewerkschaften für den Kanonenkönig Krupp eintreten (siehe „Buchbinder-Zeitung“ 1902, Nr. 46), so mag ja das im beschränkten Berufsinteresse gelegen sein, allein von der Fähigkeit, allgemeine Arbeiterinteressen besser als die Sozialdemokratie vertreten zu können, zeugt das entschieden nicht.

Die deutschen Arbeiter müßten daher die dümmsten Trottel sein, wollten sie lediglich einer aus Paß geborenen Idee zuliebe die bewährten Wege verlassen, welche über kurz oder lang zum vollen Siege führen müssen.

Ich bestreite auch jedes Bedürfnis innerhalb der deutschen Gewerkschaftler, sich ernsthaft mit der vom „Korrespondent“ propagierten Idee zu beschäftigen, das beredete Schweigen der Gewerkschaftspresse ist daher nur ein Spiegelbild der in diesen Kreisen herrschenden Überzeugung von der vollen Überflüssigkeit derartiger Fragen: denn worüber man einig ist, diskutiert man nicht mehr. Es gehört zu den unveräußerlichen Menschenrechten des Redakteurs der „Buchbinder-Zeitung“, Herr Rehhäuser für einen von lautersten Motiven angetriebenen Menschen zu halten, dem die böse Parteipresse die unlautersten Motive untersteckt; ich will ihn auch durchaus nicht hindern, diese seine private Ansicht in der breiten Ausführlichkeit über die Leser der „Buchbinder-Zeitung“ auszugießen, wie es in Nr. 4 geschieht. Es muß uns dann aber auch gestattet sein, einmal gründlich unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen, die dahin geht, daß wir mit den Genossen v. Elm und Gué, also beide neutrale Gewerkschaftler, darin einig sind, daß Rehhäuser's Idee nicht dem lautersten Born einer festbegründeten Überzeugung entspringt — denn für so beschränkt halten wir Rehhäuser nicht —, sondern dem lockenden Hesse des Renegaten. Ebensovienig man uns einreden kann, die lautere Überzeugung habe Herr v. Miquel aus den rauhen Gefilden des proletarischen Klassenkampfes in die goldgeplattete Bahn getrieben, die schließlich zum preussischen Minutensessel führte, ebensovienig wird man uns von dem Gegenteil dieser unserer Meinung überzeugen können.

Ich wünsche vor allen Dingen aber auch die unendlich milden Sonnenstrahlen einer eigenartigen „Objektivität“ nicht nur allein über Rehhäuser ausgegossen zu sehen, sondern gleichmäßig über Gerechte und Ungerechte: über Buchdrucker und Partei. Aber an dieser Objektivität ohne Gänsefüße fehlt es seit langem in der Redaktion. Wollte man die Partei lediglich nach den Ergüssen der „Buchbinder-Zeitung“ beurteilen, so müßte man zu außerordentlichen Schlüssen kommen. Es entspringt diese Tatsache einem System nervöser Überneutralität, die quantitativ und qualitativ in die öde Furcht umschlägt: man könne nicht für neutral gehalten werden, oder die Selbständigkeit verlieren.

Sönnen wir daher doch den Lesern des „Korrespondent“ den Genuß voll und ganz, die abgetragenen „Ideen“ des Herrn Rehhäuser allein genießen zu können, die Parteipresse mag sich, wenn es unumgänglich sein muß, damit beschäftigen, aber verschone man uns damit in der Gewerkschaftspresse. Lassen wir Herrn Rehhäuser nach Herzenslust weiter seine „neuen Ideen“ propagieren und seine Mühsüßel über die Sozialdemokratie ausgießen; mögen sich die „neutralen“ Buchdrucker allein mit Herrn Rehhäuser auseinandersetzen, ob es für ein „neutrales“ Gewerkschaftsorgan angebracht ist, fortgesetzt gegen eine politische Partei, die in wirksamer Weise Arbeiterinteressen vertritt, zu gehen.

Die Max Lorenz und die Rehhäuser und tutti quanti sind relativ ungefährlich, sobald sie als offene, wenn auch nicht ehrliche Gegner gegen die Sozialdemokratie kämpfen. E. K.

Korrespondenzen.

München. In unserer Mitgliederversammlung am 7. Februar sprach Herr Dr. Fessler über „Blutvergiftung“.

Große und dankenswerte Aufgaben sind es, welche sich der Verein für Volkshygiene gestellt hat. Durch Vorträge in den Gewerkschaften und durch leicht-

verständliche billige Volkschriften wirkt dieser Verein für Aufklärung unter den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft in bezug auf Gesundheitspflege. Die Vorträge werden unentgeltlich gehalten.

Herr Dr. Fehler, Privatdozent an der hiesigen Universität, verstand es, die Versammlung über Blutvergiftung in leichter und lehrreicher Weise zu unterrichten. Es kann nicht meine Aufgabe als Berichterstatter sein, über solche Vorträge eingehend zu berichten, dies müßte vom berufener Feder geschehen. Ich will nur einige Ausführungen, welche auf unseren Bezug haben, wiedergeben. Blutvergiftung, führte Referent aus, entsteht dadurch, daß sogenannte Spaltpilze ins Blut dringen und eine Fäulnis erzeugen. Solche Spaltpilze, welche bildlich dargestellt und auch an verschiedenen Dingen vom Vortragenden gezeigt wurden, sind auch im Kleister, wenn derselbe sauer ist, enthalten, deshalb muß man bei Verarbeitung desselben sehr vorsichtig sein, wenn man irgend eine kleine Verletzung hat. Auch Drahtklammern können bei den kleinsten Nägeln Blutvergiftung herbeiführen. Als Hilfsmittel gegen Blutvergiftungen sind zu nennen Jodol, Karbol, auch Quecksilberpillen in Wasser gelöst und die Wunden damit ausgewaschen. Genannte Mittel sind antiseptische, aber sehr starke Gifte, welche im Magen eingeführt, tödlich wirken; deshalb müssen dieselben gut aufbewahrt werden. Die Hauptbedingung bei allen Verletzungen ist, sofort den Arzt zu rufen zu ziehen und nicht durch gewissenlose Kurpfuscher, welche nur auf Ausbeutung ihrer Mitmenschen bedacht sind, sich behandeln zu lassen. Der Referent führte einige Fälle aus seiner Praxis an, in welchen von Kurpfuschern behandelte Patienten zu ihm kamen und nur durch Amputation eines Beines oder Armes gelang es, die Todesgefahr zu beseitigen. Bei Alkoholikern sei die größte Gefahr vorhanden, wenn Blutvergiftung eintritt. Zum Schlusse seines Vortrages machte der Referent besonders darauf aufmerksam, daß bei allen im Geschäft vorkommenden Verletzungen Zeugen vorhanden sein müssen, um, wenn später vom Verletzten Anspruch auf Unfallrente erhoben wird, nachweisen zu können, daß es bei der Arbeit geschah, andernfalls werden Unfallrenten von den Berufsgenossenschaften nicht bezahlt.

An den Vortrag, welcher mit reichem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine längere Diskussion und beantwortete Herr Dr. Fehler die gestellten Anfragen bereitwilligst. Binner dankte dem Referenten für seinen Vortrag und dem Verein für Volkshygiene für seine Tätigkeit.

Hierauf gab Kienle den Gewerkschaftsbericht, an welchen sich eine kurze Debatte schloß. Der Bericht wird jedesmal in der „Münchener Post“ ausführlich gebracht, deshalb erübrigt sich ein Besprechen desselben an dieser Stelle. Ein Besuch Kaiserers um eine außerordentliche Unterstützung wurde einstimmig abgelehnt.

Regensburg. Am 2. Februar, abends 5 Uhr, fand unsere Generalversammlung statt, dieselbe war von den Mitgliedern sehr gut besucht.

Strauß gab den Tätigkeitsbericht vom verflossenen Jahre. Aus demselben ist zu entnehmen, daß zehn Vereins-, vier General- und eine öffentliche Versammlung abgehalten wurden. In der öffentlichen Versammlung referierte Frau Greifenberg aus Augsburg. Die Versammlungen waren im allgemeinen gut besucht, an Aufklärungen hat es an den Versammlungsabenden nie gefehlt, Stoff an Diskussion war stets vorhanden.

Mitgliederbestand hatten wir am Schlusse des Jahres 24 männliche und 27 weibliche. Wir hatten einen Marmorierkursus eingerichtet. Beteiligt haben sich an demselben 14 Kollegen und 5 Lehrlinge. Die Leitung hat in freundlicher Weise Herr Buchbindermeister Karl Grader übernommen. Es wird in nächster Zeit wieder ein derartiger Kursus veranstaltet. An Vergnügen und Ausflügen wurden vier veranstaltet. Strauß schließt seinen Bericht mit dem Wunsche, es möchten die Mitglieder im neuen Jahre ebenfalls so tatkräftig mitwirken wie seither zum Wohle unseres Verbandes und der Zahlstelle.

Der Kassenbericht des Kollegen Glöbel zeigt eine Einnahme für die Verbandskasse von 150,40 Mk., eine Ausgabe von 47,57 Mk., es wurden 102,83 Mk. nach Stuttgart gesandt. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausbezahlt 374,55 Mk. an männ-

liche Mitglieder und an fünf weibliche Mitglieder 100 Mk. Nach dem Bibliotheksbericht, welchen Mandl gibt, sind gegenwärtig 190 Bücher vorhanden, ausgeliehen wurden 210 Bände.

Bei unserem Weihnachtstfest erzielten wir 50 Mk. Ueberschuß, wovon 25 Mk. unserer Lokalfrankenkasse überwiesen wurden.

Anträge sind drei gestellt worden. Der erste lautet: Die Versammlung wolle beschließen, daß eine Extrasteuer von den männlichen Mitgliedern pro Monat von 10 Pf. zu erheben ist. Dieselbe soll zur Stärkung der Lokalkasse sein. Für den Antrag sprechen Haslebner, gegen denselben Dreher und Böhler. Dreher meinte, es sei kein Bedürfnis vorhanden, für einen solchen Antrag zu stimmen, es sei auch noch Zeit, wenn größere Anforderungen an die Lokalkasse herantraten. Böhler führt an, man solle den Mitgliedern nicht mit Extrasteuern kommen, man solle lieber öfters Unterhaltungen veranstalten und sehen, daß dadurch ein Ueberschuß erzielt wird. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der zweite Antrag verlangt, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung mit einem auswärtigen Referenten stattfinden soll, die Kosten hierzu soll die Verbandskasse übernehmen. Für diesen Antrag sprechen Dreher und Haslebner, gegen denselben Strauß und Böhler, welche sich von der mündlichen Agitation mehr versprechen. Es wurde beschlossen, beim Verbandsvorstand anzufragen, ob diese Mittel dafür bewilligt werden.

Der dritte Antrag, von Böhler gestellt, der dem Kassierer 20 Mk. als Gratifikation gewähren will, wurde einstimmig angenommen.

Die Neuwahlen zur Ortsverwaltung wurden schnell erledigt, weil sämtliche vorgeschlagenen Kandidaten die Wahl annahm. Gewählt wurden als Bevollmächtigter Strauß, Kassierer Glöbel, Schriftführer Minke, Beisitzer Ludwig Bauer, Haslebner und Döbler, Anna Hiermann und Maria Scholtenlohn, als Revisoren Böhler und Dreher, als Gewerkschaftsdelegierte Kaiser und Kraußbarth, als Bibliothekar Nagel.

Sodann wurde das Statut der Lokalfrankenkasse beraten; Böhler hat diese Ausarbeitung übernommen. Mitglieder der betreffenden Kasse können nur Verbandsmitglieder werden. Bestand der Kasse ist gegenwärtig 159,10 Mk. Der wöchentliche Beitrag ist für männliche 10 Pf., für weibliche 5 Pf. An Unterstützung wird pro Woche für männliche 3 Mk., für weibliche 1,50 Mk. bezahlt auf die Dauer von sechs Wochen. Für Wöchnerinnen wird eine einmalige Unterstützung von 5 Mk. gewährt. Dieses Statut tritt mit 1. Januar in Kraft.

Hierauf teilt der Vorsitzende mit, daß wir bei der Firma Pustet jetzt neun Mitglieder haben von 63 Kollegen, welche dort beschäftigt sind, es sind noch weitere Anmeldungen zu erwarten. Diese Mitteilung wurde von der Versammlung mit Freuden begrüßt. Böhler fordert die Anwesenden auf, auch fernerhin so mitzuarbeiten, wie sie es seither getan haben. Dreher führt an, er könne mitteilen, daß das, was wir in unserem Marmorierkursus neues gelernt haben, bei der Firma Pustet gleich zur Einführung gekommen ist. Stöckl fragt an, warum in unserem Vereinszimmer das Verbandsorgan nicht zu finden ist. Strauß bemerkt, daß in Zukunft unsere Zeitung so angebracht wird, daß sie leicht zu finden ist.

Augsburg. Unsere am 31. Januar abgehaltene Generalversammlung brachte uns wesentliche Änderungen in der Befehung der Unter. Zunächst gab Kassierer Steinbigler den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 123 Mk., die Ausgaben 94,17 Mk., Bestand der Lokalkasse 73,50 Mk. Aus der hierauf vorgenommenen Wahl der Ortsverwaltung gingen als gewählt hervor: C. Ruff erster Vorsitzender, F. Karl zweiter Vorsitzender, Bauer Schriftführer, A. Steinbigler Kassierer, A. Wiedemann und Th. Meyr Kartelldelegierte, A. Wiedemann und Siegmüller Revisoren; Bibliothekar verblieb Kräß.

Die Einrichtung der Unterstützungsauszahlung am Orte hatte hier einige Mifsstände gezeitigt, weil die Auszahler oft wechseln, jetzt ist die Sache geregelt, indem die Auszahlung vom Kassierer in dessen Wohnung erfolgt.

Es ist sehr bedauerlich, daß unsere Zahlstelle an Mitgliedern abgenommen hat. Der Vorsitzende, obgleich er nichts dafür kann, mußte deshalb etwas derbe Vorwürfe von einigen Mitgliedern hinnehmen.

Diese Mitglieder stehen jedoch auf einem ganz falschen Standpunkt, wenn sie den Vorsitzenden dafür verantwortlich machen. Die Ursache ist vielmehr darin zu suchen, daß einige Kollegen den Anlaß zu Zwistigkeiten geben und gerade das ist es, woran unsere Zahlstelle krank, deshalb auch der schlechte und unpünktliche Versammlungsbesuch.

Kollegen Augsbürgs! Werft ab den Mantel der Zwistigkeiten und tretet jeder für unsere gerechte Sache ein und der Lohn der guten Tat wird nicht ausbleiben.

Worzhelm. Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht gab Mann wie folgt: Der Mitgliederbestand am Schlusse des letzten Quartals war 16 männliche, 2 weibliche; eingetreten sind 11, abgereist 14, zugereist 8, ausgeschloffen 4, bleibt ein Bestand von 17 männlichen und 2 weiblichen Mitgliedern. Es fanden 1 General-, 1 öffentliche und 6 Mitgliederversammlungen statt, sowie 7 Vorstandssitzungen. Die Gesamteinnahme betrug 312,35 Mk., die Ausgabe 298,23 Mk., Kassenbestand 43,54 Mk.

Das Resultat der Neuwahlen zur Ortsverwaltung ergab als Vorsitzender Mann, Kassierer Fgel, Schriftführer Schramme, Beisitzer und Revisoren Zint und Böhler, Kartelldelegierte Zint und Reifer.

Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten besprochen waren, ermahnte Mann die Mitglieder, jetzt die Versammlungen besser zu besuchen als im vorigen Jahre, da voraussichtlich uns ein kampfreiches Jahr bevorsteht.

Karlsruhe. Samstag den 24. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre jährliche Generalversammlung im neuen Lokal Zur Wolfschlucht ab. Einleitend erläuterte der Vorsitzende die Gründe, welche zu dem plötzlichen Lokalwechsel geführt haben und heißt sodann die Kollegen im neuen Lokal willkommen; er wünscht, daß die Versammlungen in Zukunft recht zahlreich besucht werden möchten. Hierauf erstattete Markanner den Geschäftsbericht. Demselben ist zu entnehmen, daß trotz des flauen Geschäftsganges die Zahlstelle um einige Mitglieder zugenommen hat. Dieses ist hauptsächlich der sehr regen Agitation, welche am hiesigen Plage immer energisch betrieben wurde, zuzuschreiben. Dem von Knapp erstatteten Kassenbericht ist zu entnehmen, daß vom vierten Quartal an die Hauptkasse nichts abgesandt werden konnte. Auch die Einnahmen der Lokalkasse vom letzten Quartal weisen ein Defizit von 1,55 Mk. auf.

Die Neuwahl des Gesamtvorstandes nahm lange Zeit in Anspruch, da einige Kollegen sich weigerten, unter den bisherigen Verhältnissen ein Amt anzunehmen. Gewählt wurden: als 1. Vorsitzender Markanner, 2. Vorsitzender Vogel, Kassierer Schall, Schriftführer Weinländer, Revisoren Stanz und Walter, Delegierte zum Gewerkschaftskartell Weinländer und Scholl und als Bibliothekar Gehret. Die Wahl der Vertrauensmänner konnte wegen vorgezückter Zeit nicht mehr vollendet werden und mußte die Versammlung deshalb vertagt werden.

Samstag den 7. Februar erfolgte Fortsetzung der vertagten Versammlung. Zuerst wurde die Wahl der Vertrauensmänner vorgenommen. Hierauf verlas Markanner einen Brief vom Hauptkassierer Hauelsen, in welchem darauf hingewiesen wird, in Zukunft Mitglieder, welche 13 Wochen restieren, ohne Gesundung nachgeschickt zu haben, laut Statut unrnachsichtlich zu streichen. Ferner war vom Gauvorsitzenden Böttcher ein Schreiben eingelaufen, worin betont wurde, die hiesige Zahlstelle möge gewisse Agitationskosten aus ihrer Lokalkasse bestreiten, da dieselbe einen guten Bestand aufzuweisen hätte. Außerdem möchte man für das in Freiburg erlebte Fiasko die Zahlstelle verantwortlich machen. In längerer ziemlich lebhafter Debatte wurde diese Angelegenheit einer scharfen Kritik unterzogen. Sämtliche Redner betonten, daß dieses Vorgehen auf diejenigen Kollegen, welche jahrelang weder Mühe noch Opfer gescheut haben und durch ihre Tätigkeit die hiesige Zahlstelle auf ihre jetzige Höhe gebracht haben, geradezu unverkündlich erscheinen muß. Wenn die hiesige Zahlstelle über eine gut fundierte Lokalkasse verfügt, so verdammt sie es lediglich der Extrasteuer, welche hier immer entrichtet wurde, wofür die Kollegen aus der Lokalkasse einen Zuschuß im Krankheitsfalle erhalten. An dem Vorkommnis in Freiburg treffe keineswegs die Zahlstelle Karlsruhe ein Verschulden. Der Gauvorstand hätte weit

besser wissen sollen, daß der betreffende Kollege nicht die geeignete Person ist, welcher man eine derartige Mission anvertrauen kann. Es wäre sehr zu wünschen, selbstbegangene Versehen nicht anderen in die Schuhe schieben zu wollen.

Sodann wurde die im kommenden Herbst bevorstehende Tarifbewegung in längerer Debatte behandelt. Schließlich wurde beschlossen, die durch die Debatte zu Tage getretenen Vorschläge dem Vorstandsvorsitzenden zur Kenntnisnahme zu überweisen. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte Schluß der gut besuchten Generalversammlung.

Birmasens. Am Sonntag den 1. Februar fand hier abermals eine Zusammenkunft der Verbandsglieder statt, zu welcher Gauvorsitzender Schmidt wiederum erschienen war. Es handelte sich darum, festzustellen, ob das Personal der Firma Braun & Kohlermann bereit ist, sich mit dem Kollegen Bischoff solidarisch zu erklären, und im bejahenden Falle der gestellten Forderung: Rücknahme der Kündigung von Bischoff, welche wegen seiner Verbandstätigkeit erfolgt ist, den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die Versammlung war aber leider von den Arbeitern und Arbeiterinnen der besagten Firma schlecht besucht, was man dem von der Firma auf die Arbeiter ausgeübten Druck, sie von diesen Zusammenkünften fernzuhalten, zuschreiben kann; die übrigen Verbändler waren vollzählig anwesend. Bischoff berichtete kurz über die Art seiner Entlassung und in wie abfälliger Weise man in dieser Firma über unseren Verband spricht. Schmidt ergriff nun das Wort und sprach zunächst sein großes Bedauern aus, daß das bekannte Bild sich auch hier wieder zeige, nämlich: wenn man vorgehen wolle gegen eine Firma, so seien anfänglich alle dafür zu haben, kommt es aber dann soweit, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Solidaritätsgesühl tatsächlich beweisen sollen, dann weichen sie zurück. — Es sei unmöglich, mit einem Ausstand gegen die Firma vorzugehen, da dieselbe mit den im Geschäft stehenden bleibenden Arbeitern in der Lage wäre, die notwendigen Versicherungen fertig zu stellen. Da, wo die Arbeiter nicht geschlossen vorgehen, könne nichts ausgerichtet werden. Es hätte sich deutlich gezeigt, daß die Organisation in Birmasens noch zu jung ist, um derartiges mit ihr unternehmen zu können. Man solle nun energisch an die Agitationsarbeit gehen und dafür Sorge tragen, daß der Organisation die noch Fernstehenden zugeführt werden, um in absehbarer Zeit und bei günstiger Gelegenheit der Firma die richtige Antwort auf ihr diesmaliges Benehmen geben zu können. Es werde sich doch in kürzerer Zeit notwendig machen, einen Minimallohn für Zeitarbeiter und eine Erhöhung der Akkordsätze für Kartonnagearbeiten durchzuführen zu versuchen, wozu aber eine feste geschlossene Organisation notwendig ist.

Nachdem in letzterem Sinne noch ein Kollege am Orte gesprochen, der ebenfalls der Meinung war, daß man jetzt sich Mühe geben müsse, die Fernstehenden zu gewinnen, besprach noch Schmidt die von der Firma kundgegebene Absicht, eine Geschäftskrankenkasse zu gründen, zu welcher dieselbe 50 bis 100 Mk. als Fonds geben und die Arbeiter mit 20 Pf. Wochenbeitrag verpflichten will. Schmidt war der Meinung, daß die Firma zu wenig Leute beschäftigt, um eine dem Geleze genügende Fabrikkrankenkasse gründen zu können, sie wird deshalb nur eine Zuschußkrankenkasse gründen. Dann aber müsse er die Arbeiterschaft warnen, dafür einzutreten, da das dann nur ein hingeworfener Köder ist; wie es sich schon vielfach anderwärts gezeigt, haben die Arbeiter dann Mühe und Not, im Krankheitsfall zu ihrem Rechte zu kommen.

Nachdem dann noch Bischoff die Anwesenden ermahnt hatte, fest zum Verband zu halten und Schmidt dem anwesenden Kartellvorsitzenden für den den Kollegen geleisteten Rat und Beistand gedankt hatte, wurde beschlossen, hierdurch bekannt zu geben, daß Kollegen, welche in Birmasens und hauptsächlich bei der Firma Braun & Kohlermann in Arbeit zu treten beabsichtigen, sich vorher bei dem Vertrauensmann erkundigen sollen.

Mainz. Unsere Generalversammlung, welche am 7. Februar stattfand, nahm zunächst den Bericht des Kassierers Gahmann entgegen. Die Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse im verfloffenen Quartal bilanzieren mit 165,65 Mk. Die Lokal-

kasse weist einen Bestand von 140,98 Mk. auf. Der Mitgliederbestand, welcher 16 betrug, hat um 2 zugenommen, so daß die Zahlstelle 18 Mitglieder zählt.

Den Bibliotheksbericht gab Pöcher. Es wurden an 9 Kollegen 20 Bücher abgegeben und ist ein Bücherbestand von 78 vorhanden. Die Kasse weist einen Bestand von 1,40 Mk. auf. Imhof gab sodann einen kurzen Kartellbericht, er machte darauf aufmerksam, daß im März dieses Jahres die Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer stattfindet. Unser bisheriger Vertreter Rähnig wurde als Kandidat einstimmig nominiert.

Wir ersuchen unsere Kollegen, recht tatkräftig in die Agitation einzutreten. Stremmel erklärte, wenn die Kollegen ihn in der Agitation unterstützten, sein Amt als Vorsitzender weiter zu führen. Die Zeitungs Expedition wird Rähnig übertragen. Die Versammlung war von 11 Kollegen besucht. Wir ersuchen die Kollegen, sich im Versammlungsbesuch in Zukunft etwas zu bestrengen, damit wir unsere Versammlungen wieder regelmäßig abhalten können.

Krefeld. Am 25. Januar fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Bauer gab folgenden Geschäftsbericht: Es fanden eine Generalversammlung, vier Vorstandssitzungen und zwei Kommissionssitzungen statt. Außerdem wurden drei Mitglieder Versammlungen und zwei Werkstubebesprechungen abgehalten. Mitgliederbestand am Schlusse des vierten Quartals: 39 männliche und 2 weibliche, mithin 41 Mitglieder. Nach dem Kassenericht betragen die Einnahmen für die Verbandskasse 172,25 Mk., die Ausgaben 70,75 Mk., mithin wurden der Hauptkasse 101,50 Mk. zugeführt. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 161,36 Mk.

Bauer gab hierauf einen ausführlichen Kartellbericht, Jennes den Bibliotheksbericht, woraus zu ersehen, daß die Bibliothek viel benötigt wird. Nachdem wurde der frühere Vorstand, sowie die Kartelldelegierten einstimmig wiedergewählt.

Elberfeld. Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Rattenbusch ermahnte zunächst die Kollegen, doch endlich einmal pünktlich um 9 Uhr zu erscheinen. Der Geschäftsbericht ist folgender: Im verfloffenen Quartal fanden fünf Versammlungen statt; eine Versammlung fiel aus, doch blieben die Kollegen den Abend noch viele Stunden in fröhlicher Stimmung beisammen. Eine Neuwahl des Kassierers, die durch Arndts Abreise notwendig geworden war, berief Kollegen Köhlig an diese Stelle.

Sehr lebhaft wurde die Gestaltung einseitiger Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gau besprochen, was auch die Einberufung eines Gautags nach Elberfeld veranlaßte. Es wurden in dieser Hinsicht dort sehr gute Beschlüsse gefaßt. Man hört aber leider von keinem Orte, daß etwas in dieser Beziehung geschehen ist. Bei den Wahlen der Vertreter der Ortskrankenkasse und des Gewerbegerichtes sind wir mit tätig gewesen.

Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden gewählt Henje und Breuer. Die bedeutenden Ausgaben durch unsere lokale Unterstützung für Ausgesteuerte oder noch nicht Bezugsberechtigte, veranlaßten uns, den Mitgliedern eine Karenzzeit von vier Wochen vorzuschlagen, was nach reiflicher Diskussion zum Beschluß erhoben wurde.

Der Mitgliederbestand war im vorigen Quartal 28; neu eingetreten sind 2, zugereist 3, zum Militär 1, Bestand am Schlusse des Quartals 33 Mitglieder. Der Kassenericht, vom Kassierer Köhlig gegeben, weist für die Verbandskasse eine Einnahme von 131,08 Mk. auf, dagegen eine Ausgabe von 81,85 Mk., bleibt Bestand 49,23 Mk. Die Lokalkasse hatte an Einnahmen 83,89 Mk., an Ausgaben 76,23 Mk., somit Bestand 7,24 Mk. Die Bibliothek weist einen Bücherbestand von 128 Büchern auf. Es wurden von 14 Kollegen 21 Bücher entliehen. Bestand der Kasse 3,58 Mk. Aus der Neuwahl der Ortsverwaltung gingen als gewählt hervor: erster Vorsitzender Henje, zweiter Rühn, Kassierer Köhlig, Schriftführer Jensch, Bibliothekar Schumacher, Revisoren Flütz und Hudenbeck.

Es wurde ein Antrag seitens des Vorstandes eingebracht, den Beitrag auf 5 Pf. zu erhöhen. Der Antrag wurde damit begründet, daß der höhere Beitrag notwendig wäre, um die aus lokalen Mitteln eingeführte Krankenunterstützung seitens der Mitglieder beibehalten zu können. Der Antrag wurde einstimmig angenommen mit der Motivierung, daß

die mehr zu zahlenden 5 Pf. einen Krankenunterstützungsfonds bilden solle. Der Beitrag von 40 Pf. soll vom 1. März ab erhoben werden.

Mit der Mahnung, die Kollegen möchten fleißig agitieren, denn nur die Organisation ist ein sicherer Schutzwall gegen Ausbeutung und Unternehmervillkür, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Eisenberg (S.-M.). Am 17. Januar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden die alten Vorstandsmitglieder wiedergewählt, und zwar als Vorsitzender F. Klingenschmidt, Kassierer Ernst Preller, Schriftführer Oskar Schwarze, Lokalkassierer Alfred Ente.

Am 1. Februar fand eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der Eisenerbeiter Eisenbergs und wie kann dieselbe gehoben werden?“ Es referierte Jünemann aus Erfurt über dieses Thema. Laut Beschluß der Generalversammlung wurde eine achtgliederige Kommission gewählt, welche die indifferenten Kollegen persönlich, unter Verabreichung eines auf die Versammlung Bezug nehmendes Flugblattes eingeladen hatten. Der Besuch war insoweit ein sehr reger, denn es erschienen ca. 50 nichtorganisierte Kollegen. Es ließen sich sechs Kollegen und drei Kolleginnen aufnehmen. Unterstützt wurde die Versammlung durch zahlreichen Besuch der Zeiger und Geraer Kollegen, wofür die Zahlstelle Eisenberg den erschienenen Kollegen den herzlichsten Dank ausdrückt. In der Diskussion kam zutage, daß Löhne von 8, 9 und 10 Mk. keine Seltenheit sind. Als Schmerzenskind wurde die Spausche Fabrik gekennzeichnet. Es sind dort bedeutende Lohnreduzierungen vorgenommen worden. Es mußten daher zwei Kollegen aufhören, da der Inhaber der Firma, Herr Schmidt, den Arbeitern anheimstellte, einen Artikel für einen billigeren Preis zu liefern, oder er müßte denn weibliche Kräfte einstellen. Es erschien denn auch in der Eisenberger Zeitung ein Inserat, in dem der betreffende Herr acht bis zehn Mädchen suchte.

Zum Schlusse der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen.

„Die heutige öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Die organisierten Kollegen versprechen, nach wie vor treu zu ihrem Verband zu halten, desgleichen machen sie es sich zur Pflicht, durch Benutzung aller gesetzlich erlaubten Mittel die noch indifferenten Berufsgenossen Eisenbergs aufzuklären und zu organisieren, damit es in absehbarer Zeit gelingen möge, durch tarifliche Vereinbarung mit unseren Arbeitgebern den Kollegen einen annehmbaren Verdienst zu sichern. Desgleichen versprechen die Anwesenden, für die Arbeiterpresse zu agitieren. Zum Schlusse erklären die Anwesenden, trotz aller Hitze und Mache der Unternehmer, ihren selbstgewählten Führern zu folgen durch alle wirtschaftlichen Kämpfe.“

Ein karnevalistisches Länzchen hielt im Anschluß an die Versammlung die Kollegen in lustiger, ungezwungener Weise beisammen.

Breslau. Sonntag den 1. Februar beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung mit der Krankenkassenfrage. Der Referent unterzog die einzelnen Artikel, welche bis jetzt darüber in unserer Zeitung erschienen sind, einer eingehenden Kritik. Es sei nicht zu leugnen, daß die Zentralkrankenkasse ihren Mitgliedern eine günstige Unterstützung gewährt. Jedoch das Prinzip der Gemeinnützigkeit und Solidarität, welches von unserem Verband stets hochgehalten wird, weicht bei der Zentralkasse einem gewissen Egoismus, indem dieselbe nur Gesunde und diese sogar nur bis zu einem bestimmten Alter aufnimmt. So schließt sie gleich von vornherein eine Unmasse derjenigen aus, die es wohl am bedürftigsten wären, einer zweiten Klasse anzugehören. Daß die obligatorische Einführung eines Krankenzuschusses im Verband ein großes Lockmittel für viele neue Mitglieder ist, liegt klar auf der Hand. Aber nicht nur, daß wir dadurch einen großen Schritt in Unterstützungsvesen vorwärts gehen, würden wir auch noch den Charakter als Kampforganisation befestigen. Denn je höhere Beiträge die Mitglieder zahlen und je mehr Rechte sie dadurch erwerben, umso weniger werden sie diese Rechte illusorisch machen, indem sie nicht für die Forde-

rungen des Verbandes eintreten. Als Haupteinwand lassen die Gegner gelten, daß der Krankenzuschuß kein klagbares Recht, sondern nur eine freiwillige Unterstützung sein kann. Nun, unsere jetzigen Verbandunterstützungen sind auch nur freiwillig, aber man hat noch nie gehört, daß jemals ein Mitglied den Statuten entgegen um seine Rechte und Unterstützungen gekürzt worden wäre. Dann heißt es weiter, die weiblichen Mitglieder würden die Kasse zu Grunde richten. Wenn sich auch nicht bestreiten läßt, daß dieselben mehr Geld als die männlichen kosten, so gleicht sich das bei uns im Verband wieder dadurch aus, daß sie die anderen Unterstützungen sehr wenig in Anspruch nehmen.

Im der Distriktsion äußerte der hiesige Vorsitzende der Zentralkasse, man solle leben und leben lassen. Es wären jetzt Meister in der Kasse, die als Gehilfen eingetreten und jahrzehntelang bezahlt hätten. Diese könne man doch nicht so ohne weiteres hinauswerfen. Der Referent bemerkte, daß es noch Wege giebt, wo diejenigen, welche dem Verband nicht beitreten können, nicht um ihre Rechte gebracht werden. — Zum Schlusse nahm die Versammlung die Essener Resolution an.

Ablershof. Am 7. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Anwesend waren sämtliche Mitglieder, bis auf eines, welches ein gut zahlendes Mitglied ist, aber sonst immer durch Abwesenheit glänzt. Bevollmächtigter Schreck gab den Geschäftsbericht. Darnach haben stattgefunden: 12 Mitglieder- und 4 Generalversammlungen, ferner 1 Gau-delegiertenversammlung. Hieran anknüpfend, bat er, ein jeder möge sein Teil dazu beitragen, um die Zahlstelle wieder empor zu bringen. Es sind Plakate angefertigt worden, die in den umliegenden Ortschaften aushängen, so in Köpenick, Grünau, Johannaestadt, auf denen angekündigt ist, wo und wann wir unsere Versammlungen haben. Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß der Gautag beschlossen habe, daß diejenigen Kollegen, die in Berlin arbeiten und hier in der Umgebung wohnen, unserer Zahlstelle überwiesen werden müssen. Der Kassierer Reimann gab sodann den Kassenbericht. Nach Stuttgart wurden 33,60 Mk. gefandt. Die Lokalkasse verfügte über 43,15 Mk. Einnahmen und über 5,50 Mk. Ausgaben, so daß ein Bestand von 37,60 Mk. vorhanden ist.

Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung wurden wiedergewählt zum Bevollmächtigten Schreck, zum Kassierer Reimann, zum Schriftführer Heß.

Nachdem Lustig Bericht vom Gautag gegeben hatte, hielt Heß einen Vortrag über: „Wie ich Diakon war.“ Nachdem schloß der Bevollmächtigte die interessante Generalversammlung und die Fidei-litas trat bis zum frühen Morgen in ihre Rechte.

Berlin. Die am Donnerstag den 5. Februar stattgefundene Delegiertenversammlung der Buchbinder nahm die Berichte der Werkstübendelegierten entgegen.

Darauf wünscht Thielemann, daß alle Delegierten in diesem Jahre fleißig mitarbeiten. Ein von ihm gestellter Antrag, in nächster Zeit eine Statistik aufzunehmen, um den durchschnittlichen Jahresverdienst der Kollegen und Kolleginnen und die Zahl der im Betrieb beschäftigten Lehrlinge zu ermitteln, wurde einstimmig angenommen. Thielemann fordert die Anwesenden auf, jede Reduzierung des Tarifs, oder etwaige Mißstände zu melden, damit Abhilfe geschaffen werde, es muß deshalb ein jeder sich zur Pflicht machen, die Sitzung pünktlich und fleißig zu besuchen, dieselben finden Mittwoch nach dem 15. jeden Monats statt. Bytomski weist auf den Tarif hin, welcher in diesem Jahre abläuft, bis jetzt sei das Gerücht über den zehnprozentigen Abzug noch nicht widerlegt worden, das an Wahrheit dadurch gewinnt. Es ist daher notwendig, daß ein jeder für den Verband tätig ist, in jede kleine Werkstube muß der Gedanke der Organisation hineingetragen werden, damit wir den kommenden Tagen mit Ruhe entgegensehen können, es gilt den Tarif zu verteidigen und die Reduzierungen abzuwenden. Auf Anregung eines Delegierten sollen die unentschuldig fehlenden Delegierten in der Zeitung veröffentlicht werden.

Altona. In der am 24. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab Reuß den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen ist, daß im verfloffenen Geschäftsjahr 5 General-, 10 Mitglieder- und 1 öffentliche Versammlung, 20 Vorstandssitzungen und 3 Vertrauensmännerversammlungen stattgefunden haben.

Es wurde eine rege Hausagitation entfaltet, wodurch dem Verband einige Mitglieder zugeführt wurden, auch werden dadurch in diesem Jahre noch Mitglieder gewonnen werden.

Eine statistische Aufnahme ergab, daß sich die Lohnverhältnisse in einigen Betrieben verschlechtert haben, es ist dies die Folge davon, daß ein großer Teil unserer Berufsgenossen und Genossinnen noch nicht organisiert ist, somit haben wir noch ein großes Agitationsfeld vor uns.

Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, die in ihren Werkstuben vorkommenden Lohnabzüge der Tariffkommission, bestehend aus den Kollegen Odersberg, Wilhelm, Cords und Reuß, Sternstraße 171, mitzuteilen. Letzterer nimmt zu jeder Tageszeit Mitteilungen herüber entgegen. Die lokale Krankenunterstützung kann laut Versammlungsbeschluss in Notfällen auf acht Wochen ausgedehnt werden. Betreffs der Pensionierung der Gewerkschaftsbeamten empfiehlt Reuß, den Beamten die Pensionierung zukommen zu lassen, da der Beitrag nur ein minimaler ist. Der Antrag wurde angenommen.

Den Kassenbericht gibt Mittel. Einnahme der Verbandskasse 1211,21 Mk., Ausgabe an Unterstützung 419,05 Mk., an die Verbandskasse abgeliefert 550,28 Mk.; Die Einnahme der Lokalkasse betrug 1129,54 Mk., die Ausgabe 774,31 Mk., darunter für Arbeitslosenunterstützung 88,15 Mk., für Krankenunterstützung 89,30 Mk.; Kassenbestand für 1903 ist 355,23 Mk.; Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres 39 männliche und 76 weibliche, Summa 115 Mitglieder.

Bei Neuwahl des Vorstandes wurden zum Bevollmächtigten Reuß, Kassierer Mittel, Schriftführer Ratgen, Beisitzer Mangelsdorf und Bibliothekar Parlm., zum Revisor Wellner, zu Gewerkschaftsdelegierten Reuß und Wilhelm gewählt.

Zum Schlusse macht Reuß auf die am 21. Februar stattfindende Versammlung mit dem Referat des Kollegel Schlegel über Staffelleistung aufmerksam und ersucht die Anwesenden, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Bundschau.

* Nachwehen von der Zollpolitik. Dem „Berliner Arbeiterbl.“ entnehmen wir nachstehendes:

„Die Vereinigung für die Zollfragen der papierverarbeitenden Industrie und des Papierhandels hat an den Bundesrat eine von dreißig wirtschaftlichen Vereinigungen unterzeichnete Eingabe gerichtet, in welcher die dringliche Bitte ausgesprochen wird, der Bundesrat wolle dahin wirken, daß durch Erlass einer Novelle zum Zolltarifgesetz jene enormen Zollerhöhungen beseitigt werden, welche durch die ungeheuerlichen „Zusatzbeschlüsse“ der Zolltariffkommission zu den Positionen 653 bis 658 in den Zolltarif kamen. Es handelt sich um die Verdreifachung des heutigen Holzschliff- und Cellulosezollses, um die Verdreifachung des Zolles auf grobe Pappen, Strohpapier und grobes, graues Löschpapier, um die Erhöhung des Zolles auf Packpapier von 3 auf 4 Mk. und um die Zusammenfassung aller sonstigen unearbeiteten Papiere in einer Position mit 10 Mk. Zoll. Die Eingabe führt aus, daß durch diese Zölle die heimischen Papier- und Pappe verarbeitenden Gewerbe aufs furchtbarste geschädigt würden, ja zum Teile mit einer Katastrophe zu rechnen hätten. Es wird beantragt, bezüglich der Tarifierung von Holzschliff, Zellstoff und groben Pappen es bei dem seitherigen Zollfuß von 1 Mk. zu belassen und hinsichtlich der Tarifierung von Papier folgende Zölle festzusetzen: Strohpapier, ganz grobes, graues Löschpapier und braunes Packpapier 1 Mk., holzhaltiges Papier 3 Mk., alles sonstige Papier 6 Mk. Sollte der Erlass einer Zolltarifnovelle unter keinen Umständen möglich sein, so wird die Berücksichtigung der obigen Anträge bei den Handelsvertragsverhandlungen erbeten. Die Eingabe ist von allen wichtigeren Vereinigungen der Papierverarbeitungsindustrie, des Druck- und Buchgewerbes einschließlich des Zeitungs- und Buchverlags und des Papierhandels unterstützt worden.“

Unter den unterzeichneten Vereinen befindet sich unter anderem auch der Verband Deutscher Buchbinder-eibesitzer, der Bund Deutscher Buchbinder-einungen und einige Vereinigungen der Kartonnagenfabrikanten.

* Zehnständiger gesetzlicher Maximalarbeitstag in Deutschland. Die Zentrumsfraktion hat dem Reichstag folgende Resolution eingeschandt:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in die Gewerbeordnung die Bestimmung aufzu-

nehmen, wonach für die derselben unterstellten Betriebe die regelmäßige Maximalarbeitszeit zehn Stunden beträgt.“

Mag's auch ein Wahltrick von der Zentrums-partei sein, ihr warmführendes sozialpolitisches Herz zur jetzigen Zeit zu offenbaren, und mag auch die gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Arbeitstags weit hinter den Wünschen der deutschen Arbeiterklasse zurückstehen — immerhin wär's ein Fortschritt, denn nicht gering ist die Zahl der deutschen Arbeiter, die heute leider noch länger wie zehn Stunden täglich arbeiten muß; auch in unserem Beruf würde noch mancher Kollege in einem kleinen Orte von dieser Verbesserung berührt.

* Der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, dem Scharfmacherblatt par excellence, hat der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Herr Schlicke, einmal die Finger geklopft für ihre fortgesetzten Verdächtigungen der Arbeiterorganisationen und deren Führer. In der Schlägerbranche in Fürth waren Differenzen ausgebrochen, zu deren Schlichtung Schlicke nach Fürth gefahren und in einer Versammlung anwesend war. Der Redakteur der „Arbeitgeber-Zeitung“, Herr Klebinder, hat sich aus diesem Vorgang aus den Fingern gezogen, daß Schlicke nur zu dem Zwecke in der Versammlung anwesend war, um zu hehen. Darauf klagte Schlicke, und Herr Klebinder versuchte sich vor Gericht damit zu rechtfertigen, „daß er zwar keine Beweise besitze, daß Schlicke in diesem Streik irgend etwas getan hätte, das man „Hehen“ nennen dürfte, er wollte aber den Ausdruck gewählt haben, weil er von den sozialdemokratischen Führern eine solche Tätigkeit erwartete“. Der Vertreter Schlickes, Rechtsanwalt Heine, bot darauf den Beweis für die wirklichen Vorgänge an, wonach Schlicke und der Metallarbeiterverband in diesem Falle und auch sonst gerade eine auf Erhaltung des gewerblichen Friedens gerichtete Tätigkeit entfaltet hätten, während die „Arbeitgeber-Zeitung“ das Organ der Nüchternheit sei, die keinen Frieden mit den Arbeiterorganisationen haben wollte. Das Gericht verurteilte Klebinder, ohne daß es weitere Beweise für nötig gehalten hätte, zu 10 Mk. Geldstrafe. Die Strafe ist gering, aber der moralische Effekt ist bedeutend. Die Wahrheitsliebe der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“, die schon oft schwer gelitten hat, ist somit auch gerichtsnotorisch festgestellt.

* Die Tariffkommission der Militäreffekten-Sattler hat den deutschen Kriegsministerium, den Regierungen der Bundesstaaten, die kein eigenes Kriegsministerium haben, und den Bekleidungsämtern eine Denkschrift mit der folgenden Bitte vorgelegt: Um die in der Militäreffekten-industrie vorhandene Heimarbeit zu beseitigen, in die Verträge mit Firmen, die Militärarbeit übernehmen, die Bestimmung aufzunehmen: „Der Unternehmer ist verpflichtet, die übernommene Arbeit in eigener Werkstätte herzustellen. Das Weitergeben derselben an Zwischenmeister und Heimarbeiter ist untersagt.“ In der Denkschrift wird diese Forderung eingehend begründet.

* Der Glasarbeiterverband hält seine diesjährige Generalversammlung Ende Mai in Dresden ab. Verhandelt wird unter anderem auch über die Organfrage beziehungsweise Übernahme des „Fachgenossen“ in eigene Regie des Verbandes.

Briefkasten.

F. S. in S. Verbindlichen Dank für Zusendung. Ch. S. in S. An Hausfein.

F. N. in B. Bedauern, die betreffenden Nummern sind gerade nicht mehr vorhanden, wenden Sie sich an die Generalkommission in Berlin, vielleicht können Sie dieselben dort noch bekommen.

Zurückgestellt: Korrespondenz Königsberg. **Beichtigung.** Im Stuttgarter Versammlungsbericht in der vorigen Nummer muß es heißen: Die Vergütung der Unterstützungsausgaben wurde von 5 auf 8 Mk. pro Monat erhöht, nicht pro Woche.

Zu Nummer 10 erscheint das Adressenverzeichnis, Änderungen werden rechtzeitig erbeten.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1902 und vom 11. bis 17. Februar bei der Verbandskasse eingegangen: Von Schlez und vom Gau 10 mit 100 Mk.

Noch nicht abgerechnet haben: Aachen, Janau, Hildeheim, Rudenwalde und Plauen.

C. Hausfein.

Abrechnung
der Lohnbewegung der Etuisarbeiter in Hamburg.

a) Verbandskasse.

Einnahmen:

Von der Zentralkasse erhalten	1200,— Mf.
Von der Lokalkasse für Reiseunterstützung	10,— =
Sammlung der Berliner Etuisarbeiter	80,— =
	1290,— Mf.

Ausgaben:

Streikunterst. an 7 Verheiratete 10 Wochen	766,— Mf.
= 8 Ledige 10	88,50 =
Umzugsunterstützung für Streikende	84,— =
Unterstützung zur Wohnungsmiete	80,— =
Fortschaffung Zugereifter	175,55 =
Flugblätter und Annoncen	15,90 =
Porto und Schreibutensilien	11,76 =
Sitzungen	22,40 =
Enschädigungen	28,30 =
Kleine Ausgaben	5,10 =
	1277,51 Mf.
An die Zentralkasse zurück	12,49 =
	1290,— Mf.

b) Lokalkasse.

Einnahmen:

Aus der Lokalkasse entnommen	207,50 Mf.
Zur Deckung der Lokalausgaben in Hamburg gesammelt	181,05 =
	388,55 Mf.

Ausgaben:

Streikunterstützung an 10 Etuisarbeiter	197,50 Mf.
Außerordentliche Unterstützung	10,— =
Weihnachtsunterstützung	60,— =
	267,50 Mf.
An die Lokalkasse zurück	71,05 =
	338,55 Mf.

Für die Streikleitung:
Fr. Küster, A. Kippe, A. Borst.
Für die Revision: S. Schlegel.

Anzeigenteil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse
der Buchbinder etc. (Eingefchr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.
901 12 50

Verwaltungsstelle Dresden.
Am 5. Januar starb plötzlich das Mitglied
Richard Passig
aus Dresden im Alter von 87 Jahren.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig.
Am 31. Januar verstarb unser Mitglied
Joh. Joseph Saffer
aus Effelter, 86 Jahre alt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Nachruf!
Am 5. Februar verschied plötzlich nach kurzer Krankheit unser Kollege 91] [1.00
Hermann Bührig
im 22. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen Quedlinburgs:
P. Leutert, F. Schnake, A. Grohe und R. Bergamé.

Empfehle mein neueröffnetes, gut ventilertes
„Kaffee-Haus“,
Oranienstr. 144, am Moritzplatz.
Kaffee 10 und 15 Pf.
Schultheiß-Verband und Märzgen à Gl. 10 Pf.
Billard (Kerlau-Bande) à Stunde 40 Pf.
Große Auswahl politischer Tageszeitungen, moderner
Zeitschriften, Journale und Witzblätter.
92a] Hochachtungsvoll [1.20
H. Schurig.

Buchbinder-Männerchor Leipzig.
Sonntag den 1. März
14. Stiftungsfest „Drei Mohren“
bestehend in
Vokal- und Instrumentalkonzert und humoristischen Vorträgen.
Einlaß 4 Uhr. Nach dem Konzert **Ball.** Anfang 5 Uhr.
Programme im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf., sind bei den Herren Vertrauensleuten, sowie beim Buffetier der „Drei Mohren“ und „Schüttels Hof“ zu entnehmen.
Alle Kollegen und Kolleginnen sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.
NB. Wie stimmbegabten Kollegen, welche dem Verein beitreten wollen, mögen Dienstags abends 9 Uhr im kleinen Saale der „Drei Mohren“ unsere Singstunde besuchen, wo sie uns willkommen sein werden.

Leipzig.
Mittwoch den 11. März (Sächsischer Bußtag)
Besichtigung der Pappenfabrik
von F. M. Weber in Wehlitz bei Schkeuditz.
Näheres durch Inserat in der „Volkzeitung“. Die Vertrauensleute werden gebeten, die Zahl der sich an diesem Besuch beteiligenden Kollegen bis zum 1. März dem Unterzeichneten mitzuteilen.
94] 12.60
Der Vorstand des Fachvereins.
für die gesamte Papier-Industrie. Reichhaltiges Lager in neuen und gebrauchten Maschinen.
Bei Barzahlung höchsten Rabatt, bei Ratenzahlungen kulanteste Bedingungen.
Schmiedchen & Johannsen, Berlin O., Markusstr. 50.

96] [1.00
Josephine Bremer
Johann Häfelein
VERLOBTE.
Karlsruhe, 22. Februar 1903.

Inserem lieben Freunde und Kollegen [0.70
Franz Lenz
zu seiner Vermählung die
besten Glückwünsche!
97] Die Zahlstelle Lutzenwalde.

Wir wünschen unserem Kollegen [1.00
Josef Wagner
bei seiner Abreise nach Köln a. Rh ein herzlichtes Wohlergehen. Gleichzeitig gratulieren wir ihm zu seinem Geburtstag und wünschen ihm viel Glück.
98] Seine Kollegen und Kolleginnen bei Rohne & Jahn, Etuisfabrik, Chemnitz i. S. Saalbach, Ohmann, Zahn, Erdelt, Weber, Strobel. Klara Neubert, Louise Jeschke und die kleine Frieda.

Einrichtungen
für Laden und Werkstatt
liefert seit über
40
Jahren zu billigsten Preisen
und günstigen Bedingungen
O. Th. Winckler
Leipzig
Abt. A: Papier- und Lederwaren
Abt. B: Buchbindereibedarf
Abt. C: Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder
Kataloge, Kostenanschläge
u. s. w. sehr gern zu Diensten!
99]

Unserem lieben Kollegen [0.90
Joseph Bauer
mit Kollegin
Anna Hiermann
die herzlichsten Glückwünsche zur **Vermählung.**
100] Zahlstelle Regensburg.

(Unlieb verspätet.) [0.90
Unserem werten Kollegen [0.90
Georg Knieriemen und
Fräulein Bertha Schmidt
zur Verlobung die besten Glückwünsche.
101] Die Verbandskollegen in Speyer.

Unserem Freunde und Verbandskollegen [0.70
T. Jensch
bei seiner Abreise nach Essen ein
„Herzliches Lebewohl!“
102] G. B. Sch. K. F. M. V. D.

Tüchtige Etuisarbeiter
suchen **J. & G. Gottschalek,**
103] [1.40 Leipzig.
Neu! Preis-Verzeichnis Neu!
über **Buchbinder-Arbeiten.**
Aufgestellt von der Münchener Buchbinder-Innung.
Auch wurde ein Auszug aus diesem Preisverzeichnis, enthaltend die gangbarsten Zeitschriften, Werke u. s. w., hergestellt. Derselbe dient zum Aufhängen im Laden oder in der Werkstätte und kann dem Publikum jederzeit vorgelegt werden.
Preis 1 Mf. für den Larif und 30 Pf. für den Auszug. Porto 5 Pf.
Zu beziehen von 104] [3.00
Hugo Mais, München, Schillerstraße 2.

105] [1.40
Kaffee Schmale
Berlin, Sebastaianstraße 42.
Am Sonntag den 22. Februar
Grosses Bockbierfest.
Es ladet höflichst ein **Paul Schmale.**